Nürnberg,
Dienstag, den 10. Januar 1933.

Erscheint wöchentlich am Dienstag.

Postsendungen an eine Zeitung sind zu richten an: „Der Schuhmacher" Nürnberg, Postamt 4, Abholfach.

Der Schuhmacher

Nr. 2
47. Jahrgang.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Die Schuhindustrie im Jahre 1932.

(Jahresrückblick).

Die deutsche Schuhindustrie wurde von der Wucht der Krise bereits erfaßt im Jahre 1928, als in anderen Industrien von Anzeichen einer beginnenden Geschäftsstockung noch nichts zu merken war. Bereits seit nunmehr annähernd fünf Jahren ging es schleppt sich in der Schuhindustrie das Krisenjahr hin.

Ende 1928 schon stellte die Verbandsstatistik des Zentralverbandes der Schuhmacher 17 961 Vollarbeitslose fest; zu Ende 1929 waren es 14 466, Ende 1930: 19 399, Ende 1931: 23 038, im November 1932: 18 626 Vollarbeitslose. Kurzarbeiter wurden zu Ende 1928 bereits 17 255 gezählt; in den folgenden Jahren dann 22 403 bzw. 36 220 bzw. 27 701 bzw. 19 750. — Mit dem Fortschreiten des allgemeinen Krisenzustandes der Wirtschaft, mit dem weiteren Absinken der Massenkaufkraft verschlechterte sich auch die Lage der Schuhindustrie immer mehr. Daß schließlich nicht eine noch trostlosere Lage entstand, wie etwa im Baufach, wo heute mehr als 90 v. H. der Arbeiter arbeitslos auf der Straße liegen, ist wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß das Schuhwerk zu dem unabwendbar notwendigen persönlichen Bedarf gehört. Wenn auch im Einkauf von Schuhwerk größte Zurückhaltung herrscht, einmal müssen jene Schichten, bei denen noch Kaufkraft vorhanden ist, schon aus Gesundheitsrücksichten daran denken, ihre Fußbekleidung wieder zu erneuern.

Zeitweise kurzfristige Belebungen im Auftragseingang helfen im allgemeinen wenig vorwärts, seitdem durch den vorgedrungenen Uebergang von Qualitätsstiefeln auf einfachere Ware die Verdienstspannen gesunken sind. Sehr geringfügig sind die kurzfristigen saisonalen Besserungen im Auftragseingang zu spüren bei den Betriebsbelegschaften, seitdem durch Einführung neuester Maschinentypen vielen Arbeitern die Arbeit aus der Hand genommen wurde. So wächst in der Schuhindustrie der Umfang der Arbeitslosigkeit mehr und mehr. In der Kurzarbeit übertrifft die Schuhindustrie heute fast jeden Beruf. D. h. es gibt nur einen verschwindend geringen Prozentsatz von Schuhfabrikarbeitern, die noch voll beschäftigt sind.

Eine Gegenüberstellung der Gesamtergebnisse der Reichswirtschaftlichen Arbeitslosenstatistik mit den speziellen Feststellungen für die Schuhindustrie zeigt, welchen außerordentlichen Umfang hier die Kurzarbeit angenommen hat.

Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern aller Berufe

im Monat	waren Vollarbeitslose					standen in Kurzarbeit				
	1928	1929	1930	1931	1932	1928	1929	1930	1931	1932
Januar	11,4	19,4	22,2	34,5	44,3	3,5	8,2	10,6	18,8	22,2
Februar	10,5	22,3	23,7	34,8	44,0	3,5	8,5	12,5	19,2	22,1
März	9,3	16,8	21,9	34,0	45,2	3,6	7,5	12,1	18,6	22,1
April	6,9	11,1	20,5	32,8	44,5	4,1	6,6	11,7	17,9	21,5
Mai	6,3	9,1	19,8	30,4	43,9	4,8	6,3	11,7	17,1	22,2
Juni	6,2	8,6	19,9	30,2	43,6	5,6	6,2	12,3	17,4	21,7
Juli	6,3	8,6	20,8	31,6	44,5	6,1	6,5	13,5	18,9	22,3
August	6,5	9,0	22,0	34,1	44,5	6,6	6,7	14,2	20,9	22,5
September	6,6	9,6	22,8	35,5	44,1	6,3	6,5	14,5	21,6	22,0
Oktober	7,8	11,0	24,0	37,2	43,4	6,3	6,7	14,8	21,5	22,0
November	9,4	13,8	26,3	39,5	43,8	7,1	7,3	15,6	21,4	21,5
Dezember	16,7	20,3	31,8	42,8		7,9	8,2	16,3	12,9	

Von je 100 Mitgliedern des Zentralverbandes der Schuhmacher

im Monat	waren Vollarbeitslose					standen in Kurzarbeit				
	1928	1929	1930	1931	1932	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Januar	9,4	24,0	21,7	32,1	40,1	10,8	40,0	38,9	55,2	34,8	
Februar	9,3	23,0	23,0	30,0	37,1	25,5	37,7	38,1	46,3	37,5	
März	10,0	21,4	24,0	29,2	38,9	31,1	39,4	42,2	43,5	38,6	
April	11,2	17,9	23,7	29,1	37,5	34,0	28,8	32,4	32,2	39,6	
Mai	13,3	19,0	22,8	29,1	35,0	41,7	32,2	29,9	42,7	40,3	
Juni	16,6	19,7	23,3	31,7	39,2	52,0	30,8	30,4	46,8	39,2	
Juli	19,5	19,0	25,0	33,2	39,3	56,9	23,1	34,5	43,9	14,9	
August	17,7	18,9	24,4	33,6	38,9	51,6	19,2	43,5	44,1	41,5	
September	17,3	17,1	23,9	32,1	36,1	51,7	19,8	41,7	40,1	39,7	
Oktober	18,6	16,1	22,1	32,5	43,6	44,8	18,8	47,4	44,5	37,2	
November	18,9	16,7	25,3	34,5	33,0	48,5	27,1	56,8	34,9	35,0	
Dezember	28,7	20,0	30,5	39,0		36,0	31,8	56,6	40,8		

Was Vollarbeitslose anbelangt, so war im Durchschnitt der Gewerkschaftsmitglieder das Jahr 1929 noch ein leidliches Jahr. Im Schuhgewerbe war aber damals schon etwa ein Viertel der Arbeiter arbeitslos. Die Kurzarbeit setzte im Allgemeindurchschnitt beiden in stärkerem Umfange etwa um 1930 ein. Jedoch in der Schuhindustrie hatte sie schon im Mitten des Jahres 1928 mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmerschaft erfaßt. Seit jener Zeit stehen also für Zehntausende von Arbeitern die wöchentlichen tariflichen Lohnbezüge nur noch auf dem Papier. Im Effektivverdienst wurde mit der Zeit die Existenzbasis für Zehntausende aschmalert, und das um so stärker, je mehr die wöchentliche Arbeitszeit infolge Kurzarbeit beschnitten wurde. Aeußerst zahlreich sind die Fälle, in denen nicht einmal drei Arbeitstage in der Woche gearbeitet werden kann.

Nachfolgende Aufstellung zeigt ziffernmäßig, daß Tausende vorhanden sind, die fortlaufend und seit Jahren schon sich mit halber Arbeitszeit, d. h. mit halbem Verdienst zufriedengeben müssen. Und das bei einem Spitzenlohndienst (Tariflohn für Zeitlohnarbeiter), der bereits bis auf 56 Mark pro Woche heruntergedrückt ist.

Zentralverband der Schuhmacher
(Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Verbandsmitgliedern)

1932 im	arbeitslos waren	verkürzt arbeiteten bis zu 8 Stunden	9—16 Stunden	17—24 Stunden	25 u. mehr Stunden	Kurzarbeiter insgesamt
Januar	22 819	2 069	4 489	9 553	3 690	19 801
Februar	21 693	7 581	5 986	5 565	2 744	21 906
März	22 690	2 955	5 069	10 545	3 894	22 463
April	20 811	10 214	4 276	4 691	2 701	21 912
Mai	21 504	8 412	4 035	6 982	3 480	22 819
Juni	21 651	7 283	4 204	7 405	2 737	21 628
Juli	21 495	5 997	11 191	5 194	2 860	24 522
August	21 758	5 400	8 425	8 122	1 228	23 176
Sept.	18 878	4 251	6 326	9 409	777	20 768
Okt.	19 658	6 007	9 290	3 915	694	20 505
Nov.	18 626	2 946	8 726	6 776	1 302	19 750

Den Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft war es gelungen, bis zum Frühjahr 1930 den Tariflohn durchaus auf der Höhe zu halten. Die dann einsetzenden Generalangriffe auf die Lohne zeitigten zum erstenmal am 1. April 1931 eine Minderung des Tariflohns um 5 ₰ pro Stunde. Am eintragsärmsten für die Schuhfabrikanten ist jedoch die durch die Brüning-Regierung notverordnete Lohnkürzung gewesen. Dieser Lohnabzug hat mit vollen 15 Prozent von den Schuhfabrikanten ausgenutzt werden können. Infolgedessen wurde mit dem 1. Januar 1932 der Tariflohn von 90 ₰ auf 76,5 ₰ heruntergesetzt.

Die gleichzeitig notverordnete Preissenkung hat der Arbeitnehmerschaft den notwendigen Ausgleich nicht gebracht. Die Existenzbasis erfuhr eine neue, sich bei den Kurzarbeitern besonders erschreckend bemerkbar machende Einschränkung. Soeben, in diesen Tagen, ist der Reichskommissar für Preisüberwachung Dr. Goerdeler, von seinem Amt entbunden worden. Mit der Führung der Geschäfte wurde Ministerialdirektor Dr. Heinze betraut. Bei dieser Gelegenheit wurde in einem Teil der Tagespresse, unserer Auffassung nach sehr zutreffend, erklärt, die verordnete Preissenkung habe sich in der Praxis, angesichts der Schonung der Marktlle, Trusts, Syndikate und Preiskonventionen als Preisschutz erwiesen. Dr. Goerdeler habe nichts getan, damit das Sinken der Preise sich in eine Steigerung der Kaufkraft umsetze und er sei weniger ein Preisabbaukommissar als ein Lohnabbaukommissar gewesen. Der Brüninghsche Plan hat somit der Arbeitnehmerschaft neue, schwere Burden auferlegt.

Außer der bedeutsamen Erleichterung auf dem Gebiet des Lohnkontos ist den Schuhindustriellen der außerordentliche **Preisfall auf dem Rohstoffmarkt**, der sich im Weltmaßstab bemerkbar macht, sehr zustatten gekommen. Wir der Ausgang auf den Lederrohstoffmärkten noch den Rückgang der Großhandelspreise auf anderen Gebieten übertrifft, geht aus den Berechnungen des amtlichen Großhandelsindex hervor.

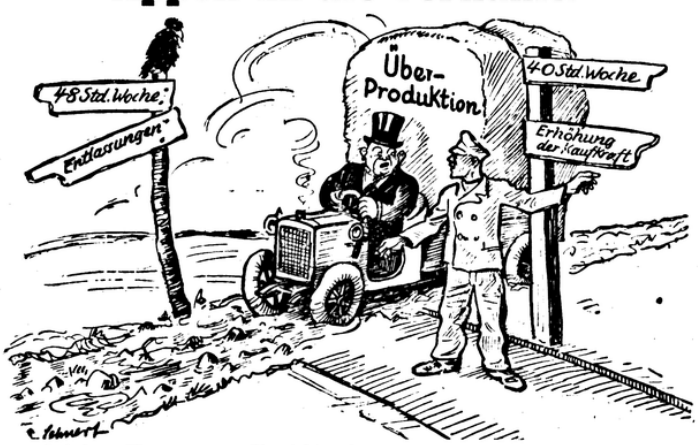
Großhandelsindex für Häute und Leder

(Index des Statistischen Reichsamtes, Monatsdurchschnitte — 1913 = 100)

	1928	1929	1930	1931	1932
Januar	167,9	138,5	115,7	100,4	69,0
Februar	160,3	131,2	114,0	96,1	67,7
März	156,5	130,3	110,5	95,6	65,4
April	150,9	128,0	110,3	96,0	61,9
Mai	150,2	119,8	110,8	93,2	57,1
Juni	150,5	122,7	111,7	88,9	55,7
Juli	152,6	123,6	107,8	88,2	56,8
August	150,9	122,2	108,3	84,3	58,0
September	149,1	122,0	111,2	80,6	60,8
Oktober	145,1	120,8	111,2	79,0	61,0
November	141,9	117,6	107,4	78,4	60,8
Dezember	143,2	116,0	104,7	72,7	

Die Schuhindustrie hat die günstige Position, die ihr in mehrfacher Hinsicht geboten war, schlecht ausgenutzen gewußt. Noch in den ersten Monaten des Jahres 1932 hatte sich der rapide Preisfall auf dem Rohstoffgebiete fortgesetzt. Als dann um die Mitte des Jahres ein Zirkulieren kam, entfand man das in Schuhkreisen bereits als Schwierigkeit. Daran hat sich der absolute Mangel an kaufmännischer Voraussicht ermessen, der in Schuhfabrikantenkreisen vorhanden ist. Schon bisher war man ja schon vieles gewohnt. Sehr alte, solid erscheinende Firmen hatten sich kaputt gemacht durch Kapitalverschleuderung infolge übersprunghafter Rationalisierungsexperimente. Der Aktienbandjunkel, Einbau kostspieliger Aktienbandanlagen, um diese nach kurzer Zeit wieder zu beseitigen, ist Zeuge davon. Die notgedrungene Umstellung vom Markenschuh auf einfachere Ware — eine Folge des allgemeinen Kaufkraftschwundes der Bevölkerung — gab anderen Schuhfabrikunternehmen den Rest, soweit sie nicht schnell genug diesem Zuge der Zeit folgen

Appell an die Vernunft!



„Auf dem Wege kommen Sie nicht mehr weiter, Herr „Wirtschaftsführer!"
Sie müssen scharf links abbiegen!"

konnten. Alles aber wurde überboten durch die Preisgabe jedes kaufmännischen Maßhaltens in der Produktionskalkulation. Man wurde Zeuge einer bis ins Uferlose gehenden Preiskonkurrenz. Es ist soweit gekommen, daß die Abnehmer im voraus die Preise bestimmen, besonders dort, wo dem Unternehmer mangels genügenden Eigenkapitals das nötige Auskunftsmittel fehlt. Wie sich das auf die Qualitätsfrage in der Warenherstellung auswirkt, ist für den Fachkundigen klar. Kein Wunder, daß unter den neuen, zum Teil nur auf Spekulation begründeten Betrieben Zusammenbrüche über Zusammenbrüche an der Tagesordnung sind. Ueberzeugen bleiben, um sich in den vorhandenen Bedarf zu teilen, werden schließlich nur noch die Unternehmungen, deren Kapitalgrundlagen solide genug sind, um die Krise zu überstehen. Aber scharfe Konkurrenzkämpfe werden bis dahin noch durchgefochten werden. Den Arbeitern werden die Hauptlasten aufgebürdet dieses undurchführbaren, verkommenen Systems, denn sie sind es, die keinen Augenblick davor sicher sind aus dem Betriebe der Produktion hinausgeschleudert zu werden; sie sind es, denen fast ohne Unterbrechung unerhörte Zumutungen auf Verschlechterung ihrer Lebenszeitlerz angetragen werden

Zweimal im Jahre 1932 versuchten die Unternehmervereinigungen nochmals Angriffe auf den Tariflohn zu unternehmen. Im letzten Verhandlungskampf wurden diese Angriffe durch die Arbeiterorganisationen beide Male zurückgeschlagen. Was den Angriff auf den Manteltarif anbelangt, so versuchten es die Fabrikanten in den Verhandlungen im Oktober vorwiegend mit der Verschlechterung der Lohnfortzahlungsbestimmungen im Paragraphen 9 des Tarifs; in den Juni-Verhandlungen war es auf die Ferienbestimmungen abgesehen. Im Schlichtungsverfahren wurden den Unternehmern beide Male gewisse Teilzugeständnisse zuerkannt.

Das Lohnverschlechterungsansinnen vom Juni mußte der Arbeitnehmerschaft einen Lohnabbau von 14 Prozent und dasjenige im November (vor dem Schlichter) einen solchen von 13,8 Prozent zu. Es gelang den Arbeitnehmervertretern unter Vorlage durchschlagenden Materials über die eigentliche trostlose Verdienstlage der Arbeitnehmerschaft, diese Forderungen zurückzuweisen und mit Berücksichtigung der Gesamtlage der Schuhindustrie darauftun, daß es im Lohnabbau nun endlich eine Grenze geben muß. Selbst die amtliche Lohnstatistik über die Schuhindustrie hatte nachgewiesen, daß die Lohneinkommen der Schuhmacher bereits weit das Vorkriegsniveau unterschritten haben. Jedenfalls haben sich auch die vom Arbeitsministerium eingesetzten Sonderschlichter überzeugen lassen, daß die Forderungen der Unternehmer unbedingt untragbar sind.

Als aber dennoch im Herbst 1932, gestützt auf die Notverordnung v. Papens, einzelne Unternehmer vorgingen mit neuem unerhörten Lohnabbau, da riß den Betriebsbelegschaften die Geduld. Sie setzten die organisatorischen Abwehrkräfte ein, die ihnen der Zusammenschluß garantiert und wiesen die nochmalige Verschlechterung ihrer Existenzlage im Kampfe zurück.

*

So ist für die Schuharbeiter das Jahr 1932 ein Jahr fortgesetzten Kampfes gewesen. Die Krise des kapitalistischen Systems hat dessen Tragern tiefe Wunden geschlagen Das mögen diejenigen Kreise mit sich abmachen, die in diesem System den Anbegriff der Vollendung sehen. Aber bei vernünftiger Anschauung der Dinge und bei einigermaßen sozialer Einstellung hatte sich die Fabrikantenseite ihre Angriffe auf die Arbeitnehmer sparen sollen. So mancher Fabrikant hat zu seinem Schmerze erfahren müssen, daß der Widerstand der Arbeitnehmer ihm doch nicht alles erlaubt, wie er das sich vielleicht vorgestellt hat. Die Arbeiterschaft hat 1932 im Kampfe erprobt. Es ist ihr dabei immer geworden, daß der Widerstand, organisiert von der Gewerkschaft, doch von Bedeutung ist.

Die Krise ist nirgends spurlos vorübergegangen. So wie sie den einzelnen oder die ganze Familie in den Strudel zog, stellte sie auch an die Organisation starke Anforderungen.

Aber alles zusammengenommen war nicht in der Lage, den wuchtigen Bau gewerkschaftlicher Organisationsarbeit zu erschüttern. Wir haben in diesem Jahre gewerkschaftlich, zentral und in den Betrieben, in Abwehrkämpfen unsere Kraft einsetzen müssen. Kämpfe in der Abwehr sind schwieriger als im Angriff und bringen trotzdem nicht volle Befriedigung. Eines kann doch gesagt werden: wir haben die Lohnabbauwelle, die die Arbeiterschaft zu verschlingen drohte, zum Stillstand gebracht. Zweimal haben wir die Angriffe auf unsere Löhne in zentralen Verhandlungen abgewehrt. Nun gilt es, auch in den Betrieben alles zu versuchen, weiteren Lohnverschlechterungen entgegenzutreten.

Der Kampf unseres Verbandes gegen die Papen-Notverordnung war übrigens erfolgreich. Die Papen-Regierung mußte, durch den Widerstand der Arbeiter getrieben, die politische Bühne verlassen.

Manche, auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern, ließen sich vielleicht verblüffen durch die politische Umwichtung im bürgerlichen Lager, die politischen Scharlatanen vom Schlage des Nationalsozialismus Erfolge brachte. Man sah die Arbeiterbewegung schwer bedrangt. Inzwischen ist die Hitlerei mit Abwirtschaften angelangt. Die Nazioten haben gereiht und nichts geleistet. Mit 230 Abgeordneten im Parlament, wo denen eine andere Partei Außerordentliches hätte vollbringen können, hat die Hitlerpartei völlig versagt. Die Ernüchterung erfolgt selbst im bürgerlichen Lager.

Auch die Kleingläubigen im Lager der Arbeiterschaft sind einst anderen belehrt. Die Entwicklung zeigt ihnen, daß die wirkliche Kraft im Zusammenschluß,

im treuen Zusammenstehen, in wirklich gefestigten historisch emporgewachsenen Organisationen

liegt. Gerade in solch schwierigen Zeiten, wie sie das Jahr 1932 mit sich brachte, gilt es, offen seinen Mann zu stellen und Bekennermut zu zeigen. Eine Bewegung von so weltgeschichtlicher Bedeutung wie die Gewerkschaftsbewegung ist aus anderem Holz, als daß Scharlatane sie einfach übertrumpfen könnten.

Wenn auch die Gegner noch so hart uns anrennen, nichts wird uns erschüttern, werden wir, innerlich verbunden, von starkem Willen zum Trutze beseelt, und nicht unterkriegen lassen. Die Fahnen hoch, um auch die Zukunft zu meistern!

Eine Bewegung, die im Kampfe groß und stark geworden ist, steht um so fester, je treuer die Funktionäre und Mitglieder zu ihren Idealen stehen. Uns eint nicht nur der Wille zum gemeinsamen Sozialen, sondern auch die Klassenerkenntnis, aus der in der Zukunft erwachsen muß unser aller Sehnsucht, die bessere Gesellschaftsordnung: der Sozialismus!

Darum mit frischen Kräften ans Werk im Jahre 1933!

Die Arbeitslosenversicherung nur noch auf dem Papier.

Was ist von der Arbeitslosenversicherung übriggeblieben?

Viele Leute sind der Meinung, daß bei uns noch eine regelrechte Arbeitslosenversicherung bestande. Diese Ansicht ist entschieden irrig. Gewiß besteht dem Namen nach etwas Aehnliches. Aber von der Arbeitslosenversicherung, wie sie ursprünglich bestand, ist verdammt wenig übriggeblieben. Versuchen wir einmal kurz darzustellen, wie sich die Verhältnisse bei der Arbeitslosenversicherung gewandelt haben. Die Leistungen der Versicherung sind dem Nullpunkt nahe gekommen. Die Unterstützungsdauer wurde von 26 auf 6 Wochen verkürzt. Durch die fast völlige Gleichmachung der Unterstützungssätze, durch Streichung in den oberen Lohnklassen usw. wurde die Entrichtung der Versicherung weiter verwässert. Ein raffiniertes Krisenkassensystem sorgt dafür, daß zwischen den einzelnen Orten erhebliche Unterschiede bestehen, die keineswegs gerechtfertigt sind. Der größte Schlag gegen den Versicherungsgedanken wurde dadurch geführt, daß nach der sechsten Unterstützungswoche Leistungen nur gewährt werden, wenn die Hilfsbedürftigkeit erwiesen ist. Die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit wird rigoros gehandhabt. Wenn irgendein Verwandter noch in Arbeit und Brot steht, oder ein gewisses Sparguthaben vorhanden ist, ist der Betreffende nicht mehr unterstützungsbedürftig und wird abgewiesen. Ehefrauen, Jugendliche, Inhaber von einem Stückchen Land oder irgendeines Besitztums, müssen sich noch weitere Beschränkungen gefallen lassen.

Doch damit nicht genug. Hat ein Arbeitnehmer seine Arbeitslosigkeit überwunden, so ist ein Unterstützungsanspruch noch lange nicht gewährleistet. Hat der Unternehmer die Beiträge nicht richtig abgeführt, so kann der Arbeitnehmer seines Unterstützungsanspruches verlustig gehen. Verschlechterungen wirksamer Art liegen ferner darin, daß die Anwartschaft für die eriteilige Unterstützung verdoppelt wurde. Außerdem verlängerte man die Wartezeit und die Sperrfrist erheblich. Renten und sonstige Entschädigungen werden in höherem Maße in Anrechnung gebracht. Krankheitstage unterbrechen die Anwartschaft. Dagegen laufen die Unterstützungswochen sofort ab, wenn der Arbeitslose einmal einen kleinen aufzurechnenden Gelegenheitsverdienst gefunden hat. Die Krankenversicherung der Arbeitslosen ist keineswegs allen gewährleistet. Diejenigen, die als nicht hilfsbedürftig anerkannt wurden, und infolgedessen keine Unterstützung bezogen, genießen nicht mehr den Schutz einer Krankenversicherung, es sei denn, wenn sie sich selbst weiterversichern. Auch Jugendliche verfallen diesem Schicksal.

Das waren einige Beispiele, wie der Arbeitslose infolge der reaktionären Einstellung der verflossenen Regierung entrechtet wurde. Die Arbeitslosenversicherung verdient diesen Namen auch deshalb kaum mehr, weil trotz dieses riesigen Abbaues die kolossale Beitragshöhe von 6,5 Prozent bestehen geblieben ist. In Nr. 47 der „Gewerkschafts-Zeitung" bringt Dr. Bracher sichtbältiges Material dafür, wie die Beitragseinnahmen der der Arbeitslosenunterstützung verwandt werden. Das monatliche Beitragsaufkommen beträgt gegenwärtig etwa 82 Millionen Mark. Davon werden nur 12,5 Millionen Mark oder etwa 15 Prozent für wirkliche Versicherungsleistungen verausgabt. Die Mittel der Arbeitslosenversicherung werden zu allen möglichen Zwecken verwandt. Zu einem erheblichen Teil dienen sie der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Die gesamten Kosten für die Durchführung der unter beiseite Lohnabbauverordnung vom 5. September 1932 wurden der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung aufgebürdet. Der Arbeiter bezahlte also die Verwaltungskosten für den Abbau seines Lohnes. Die Mittel der Reichsanstalt werden auch zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten herangezogen. Die Reichsanstalt ist deshalb verurteilt, Beiträge für Zwecke zur Verfügung zu stellen, die aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden müssen. Die Kosten für den Freiwilligen Arbeitsdienst sollen nach Verlautbarungen künftig ebenfalls von der Reichsanstalt bestritten werden. Man bedenke, daß zu dem Personenkreis des FAD. auch Leute gehören, die niemals einen Pfennig zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht haben.

Die Verwendung der Mittel der Arbeitslosenversicherung nimmt nachgerade zu einem öffentlichen Skandal aus. Die Beitragsleistung ist derart hoch, daß mit diesen Mitteln eine weitgehende Unterstützungslosenhilfe gewährt werden könnte. Statt dessen sehen wir, daß diese Mittel den Arbeitslosen vorenthalten und allen möglichen Zwecken dienstbar gemacht werden. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns gegen diesen Raub von Arbeitergeldern wenden. Man bedenke, wie schwierig es heute ist, von dem geringen Verdienst dauernd hohe Beiträge zu leisten. Wenn diese Mittel restlos zur Unterstützung der Arbeitslosigkeit verwandt wurden, könnte man sich damit einverstanden erklären. Wie wir aber gesehen haben, werden sie in alle möglichen Kanäle geleitet. Die Reichsanstalt ist ein Mädchen für alles geworden. Es ist hohe Zeit, daß mit diesem Skandal Schluß gemacht wird.

Frau Wieneck, die Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsanstalt ist, den damaligen Betrieb also aus nächster Nähe kennt, geht in einem Aufsatz in der „Sozialen Praxis" mit diesen Dingen scharf ins Gericht. Sie wirft zum Schluß die Frage auf: **„Was geschieht mit den hohen Beiträgen?** Sie sind für die Versicherung nicht erforderlich. Für diesen Zweck werden sie zwar erhoben, aber nicht verwendet. Zum erheblichen Teil dienen sie der Finanzierung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Sie werden verwendet nicht nur zur Bezahlung der Kosten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, der Verwaltungskosten der Versicherung und des Freiwilligen Arbeitsdienstes, sondern auch die Verwaltungskosten für den Lohnabbau, der durch die Schlichter durchgeführt wird, werden aus diesen Beiträgen gedeckt. Neuerdings erwartet man von der Reichsanstalt nicht nur Aufwand von Mitteln in der bisher üblichen Form der produktiven Fürsorge, sondern sie mußte auch dem Reich 5 Millionen Reichsmark für den Wohnungsbau aus ihrem Beitragsaufkommen zur Verfügung stellen.

Die Inanspruchnahme der Beiträge für fremde Zwecke hat einen Grad erreicht, der früher nicht für möglich gehalten worden wäre. Mit Versicherung hat dies nichts mehr zu tun. Aufrechterhalten wird nur noch der Schein einer Versicherung, der jedoch die Beitragserhebung keineswegs rechtfertigt. Wiederherstellung der Versicherungsleistung ist zu fordern! Geschieht sie nicht, dann wird auch die Beitragszahlung nicht zu halten sein. Unehrlichkeit rächt sich auf allen Gebieten."

Die Kräfte sammeln!

Rückblick und Ausblick.

Je stärker und diszipliniert die Gewerkschaftsarmee ist, desto größer ist ihre Kraft im Angriff wie in der Abwehr. Nur wenn sich die Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen, ob jung oder alt, vereinigen, nur, wenn sie von einheitlichem Willen beseelt, ihren selbstgewählten Führern folgen, ist die Arbeiterklasse eine Macht.

Seit Jahren wird das Gift der Zersetzung durch tausende Kanäle in die vorwärtsstrebende Arbeiterbewegung hineingetragen. Die Kommunistische Partei kennt seit anderthalb Jahrzehnten nur einen Feind: die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die Zerstörung der Organisationen ist dieser Partei

wichtiger als die Einheit und die Stoßkraft

der deutschen Arbeiterbewegung. Seit Jahren lassen arbeiterfeindliche politische Parteien, seit Jahren lassen viele Unternehmer es sich Millionen kosten, um das Vertrauen der Arbeiter untereinander wie zu ihren Führern zu untergraben.

Die Nationalsozialistische Deutsche „Arbeiter"partei führt ihren Kampf um die ausschließliche Macht im Staate als Kreuzzug wider den „Marxismus", d. h. gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, Kommunisten und Nationalsozialisten marschieren auf getrennten Wegen. Aber sie vereinen sich jedesmal zum gemeinsamen Angriff auf die von den deutschen Arbeitern geschaffenen Organisationen zum Schutze ihrer Arbeitskraft. Sie finden willige Helfer bei den Vorkämpfern der autoritären Regierung, die die Knechtung der Arbeiterschaft wollen, bei den Deutschnationalen.

Die Arbeiterschaft ist von falschen Freunden und erbitterten Feinden umgeben.

Deshalb stehen in dieser Zeit schwerster Not und Bedrängnis zahllose Arbeiter mißmutig, verärgert, ja hoffnungslos abseits der gemeinsamen Front. Sie vergessen, wohin sie gehören. Sie stehen den Gewerkschaften gleichgültig, wenn nicht geradezu feindlich gegenüber.

Wer nicht blind den Tatsachen gegenübersteht, muß erkennen, daß dieser Zustand beseitigt werden muß. Nichts wäre verderblicher für die Arbeiterklasse, als deshalb zu den allgemeinen Erscheinungen der Krise auch noch diese Schwächung ihrer Kampfbasis kommt.

Stumpfsinniger Haß und Verblendung ist es, was manchen Arbeiter veranlaßt, sich gegen die eigene Klasse zu stellen. Es gilt, diese Arbeiterschichten zu lösen aus ihrer Verblendung. Der Russen wird man überlassen müssen, was sie in ihrem eigenen Lande tun. Aber von Rußland aus den Kampf dirigieren zu wollen, wie er in Deutschland zu führen ist, ist ein aussichtsloses Beginnen. Der in Deutschland bodenständige Arbeiter wird selbst zu entscheiden haben, welche Kampftaktik gegenüber dem Gegner ihm hier in Deutschland frommt.

Es gibt bereits Arbeitgeber, die ganz offen sich zu dem Grundsatz „Teile und herrsche" bekennen, und die offen zugeben, daß es ihnen viel angenehmer sei, wenn im Betriebe mehrere gegensätzlich eingestellte Gruppen der Arbeiterschaft bestehen. Daraus müßte eigentlich jedem Arbeitnehmer ein Licht aufgehen. Jeder müßte sich sagen, daß wenigstens zunächst einmal auf gewerkschaftlichem Gebiet erreicht werden muß, daß alles an einem Strange zieht.

Das Doppelspiel der nationalsozialistischen Propheten kann heute nicht mehr abgestritten werden. Die „national-sozialistischen" Arbeiterführer scheitern an den inneren Widersprüchen ihrer Politik. Es ist unmöglich, sich gleichzeitig für die Vorherrschaft der Unternehmer — durch Zerfetzung der kapitalistischen Eigentumsordnung — und für die Betreuung der Arbeiterschaft — durch die Verwirklichung des Sozialismus — einzusetzen. Die nationalsozialistischen Purtschträume sind ausgeträumt. Die Nacht der langen Messer und das Köpferollen wurde durch die Eiserne Front der deut-

Zähe Arbeit zeitigt Erfolge!

Werbearbeit erfordert Zähigkeit. Der Wille, etwas zu vollbringen, verleiht ungeheure Energie. Bei manchen Menschen bedarf es allerdings eindringlichen Einwirkens, um sie zu wecken aus Uninteressiertheit und Gleichgültigkeit. Um so mehr erfreut der Erfolg! Er spornt weiter an.

Nachfolgend einige weitere Spitzenergebnisse unserer Werbeaktion:

Ehrenliste der erfolgreichen Werber:

Es erzielten

Kollege Kossert (Landsberg a. d. W.)	**12 Aufnahmen**
Kollege Albrecht (Landsberg a. d. W.)	**10 Aufnahmen**
Kollege Müller P. (Landsberg a. d. W.)	**7 Aufnahmen**
Kollegin Bräckelein (Bamberg)	**8 Aufnahmen**
Kollege Schmitt (Bamberg)	**16 Aufnahmen**
Kollege Rudolph (Oppendorf)	**6 Aufnahmen**
Kollegin Braun (Kornwestheim)	**29 Aufnahmen**
Kollegin Kengerter (Kornwestheim)	**22 Aufnahmen**
Kollegin Heitlinger (Kornwestheim)	**22 Aufnahmen**
Kollegin Bohlinger (Kornwestheim)	**14 Aufnahmen**
Kollegin Jorzi (Kornwestheim)	**12 Aufnahmen**
Kollegin Hofmann (Kornwestheim)	**12 Aufnahmen**
Kollegin Knittel (Kornwestheim)	**11 Aufnahmen**
Kollegin Lumpp (Kornwestheim)	**11 Aufnahmen**
Kollegin Gedeler (Kornwestheim)	**8 Aufnahmen**
Kollegin Scholpp (Kornwestheim)	**7 Aufnahmen**
Kollege Blumhardt (Kornwestheim)	**28 Aufnahmen**
Kollege Grötzinger (Kornwestheim)	**14 Aufnahmen**
Kollege Palmer (Kornwestheim)	**12 Aufnahmen**
Kollege Heitmeier (Kornwestheim)	**12 Aufnahmen**
Kollege Batz (Kornwestheim)	**9 Aufnahmen**
Kollege Staiger (Kornwestheim)	**9 Aufnahmen**
Kollege Tierolf (Kornwestheim)	**8 Aufnahmen**
Kollege Hohl (Kornwestheim)	**8 Aufnahmen**
Kollege Kapp (Kornwestheim)	**8 Aufnahmen**
Kollege Baumann (Kornwestheim)	**7 Aufnahmen**
Kollege Böhm (Kornwestheim)	**6 Aufnahmen**
Kollege Danneker (Kornwestheim)	**6 Aufnahmen**
Kollege Gerkner (Kornwestheim)	**6 Aufnahmen**
Kollege Schroth (Kornwestheim)	**6 Aufnahmen**
Kollege Berhusen (Cleve)	**22 Aufnahmen**
Kollege Krämer (Cleve)	**6 Aufnahmen**
Kollege Küppers (Cleve)	**6 Aufnahmen**
Kollege v. d. Hensen (Cleve)	**6 Aufnahmen**

schen Arbeiterschaft verhindert. Jetzt, wo die Götterdämmerung des Nationalsozialismus in Deutschland hereinbricht, wo der Traum vom Dritten Reich zu Ende geht, steht die Arbeiterklasse an einem neuen Kampfabschnitt.

Der Angriff auf die sozialen Rechte ist zunächst wohl abgedämmt. Das kann kein Grund sein, sich in Sicherheit zu wiegen. Ideologisch einig ist sich das Bürgertum, wenn es gegen die Arbeiterklasse geht. Nicht unangebracht ist die Befürchtung, daß die direktionslos gewordenen spießbürgerlichen Wählermassen für einen neuen Schwindel eingefangen werden. Unternehmerfrechheit sinnt gewiß schon wieder auf neue Tricks, um der Arbeiterschaft von neuem zuzusetzen. Die Lage bleibt aufs äußerste gespannt, nach wie vor.

Der Arbeiterklasse erwächst die Pflicht, ihre Kräfte zu sammeln, sie zu verdoppeln, auch in den kommenden Monaten ihren Mann zu stehen! Erst dann, wenn die Arbeiter eine geschlossene Phalanx zu bilden vermögen in der Welt der Arbeit, werden sie ihren Widersachern die Waffen aus den Händen schlagen.

Millionen Unorganisierte, Millionen Arbeitslose müssen für den großen Gedanken der Gewerkschaften,

für die Selbsthilfe aus eigener Kraft neu gewonnen

werden. Das ist die gemeinsame Aufgabe aller Verbände, aller Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wir wollen werben für unsere Sache, Mann für Mann! Jeder einzelne, der Kampfgenossen wirbt, verhindert, daß die Löhne noch weiter gekürzt und die sozialen Renten und Leistungen abgebaut werden. Jeder, der seine Kraft in den Dienst der Gewerkschaften stellt und neue Helfer heranholt, trägt dazu bei, daß durch öffentliche Arbeitsbeschaffung Millionen hoffnungs- und arbeitslose Kameraden in lohnende Arbeit gebracht werden.

Zu Hunderten von Betrieben mit Tausenden von Arbeitern haben die Gewerkschaften den notverordneten Lohnabbau während der letzten Monate abgewehrt. Wieviel größer wären ihre Erfolge, wäre die Zahl der Mitkämpfer größer.

Schaffen wir die einheitliche Front des Widerstandes!

Wir müssen

heraus aus dem zerfetzenden Gezänk, das die proletarische Solidarität vernichtet.

Alle künftigen Veranstaltungen und Versammlungen gelten ausschließlich der Werbung neuer Mitkämpfer. Hunderttausende Mitarbeiter stehen bereit. Werden diese Männer, Frauen und Jugendlichen allerorts für die Verbearbeit der Gewerkschaften gewonnen, gelingt es, jeden einzelnen rechtzeitig mit dem Fleiße und den Mitteln unserer Propaganda vertraut zu machen, dann erlangt die Arbeiterklasse die Macht und die Fähigkeit, die sie zu Erfolgen führen wird. Jeder Erfolg stärkt das Vertrauen der Arbeiterschaft in die eigene Kraft!

Nie war die Organisation wichtiger und notwendiger als gegenwärtig. Nie ist der

Klassenkampf von oben so brutal und scharf

geführt worden wie gegenwärtig. Nie ist es leichter, dem einfachsten Arbeiter klarzumachen, wie er zu stehen hat, um sein Interesse zu vertreten und zur Verbesserung seiner trostlosen Lage beizutragen.

Darum Verbandsmitglieder, wirkt auch im neuen Jahre in der Organisation mit an der Machterweiterung, an dem Ausbau unseres Verbandes, beteiligt euch auch weiterhin an der Agitations- und Werbearbeit!

Für die Gewerkschaftsjugend

Entscheide dich!

Ein jeder muß des Lebens Bürde tragen,
Da heißt es, Dulder oder Kämpfer sein,
So wisse: stellst du dich in unsre Reih'n,
Wählst du den Kampf und mußt als Mann ihn wagen.

Dann endige dein kindisch eitel Klagen.
Kein Gott kann dich von deiner Last befrei'n.
Vertrau dir selbst! Steh' für die andern ein,
Dann wird dir der Erlösung Stunde schlagen.

So wähl denn Freiheit oder Sklaverei.
Trägst weiter du in Demut still dein Joch,
So klage nicht, daß es dir drückend sei.

Doch fühlst du dich als Mann, als freier noch,
So stell' als Bruder dich in unsre Reih'
Und glaube: Trotz alledem, wir siegen doch!

Adolf Stark.

So kommen wir zum Sozialismus.

Je mehr sich die politischen und sozialen Kämpfe in Deutschland zuspitzen, je höher die Anforderungen sind, die an die Widerstandskraft und den Kampfeswillen der Arbeiterklasse gestellt werden, desto wichtiger wird es, durch Aufklärung und Belehrung klare Vorstellungen von dem Wege der Verwirklichung des Sozialismus zu verbreiten. So wichtig die Belehrung aller gesellschaftlichen Kräfte, die zur Rebellion gegen die herrschende Wirtschaftsordnung führen, im Kampfe der Arbeiterklasse ist, so darf man doch nie verkennen, daß aus der gefühlsmäßigen Rebellion politische Macht zum Sturz der herrschenden Gewalten und zur sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft erst dann wird, wenn sie sich

vereint mit einer klaren Erkenntnis über die Ursachen des Elends

und über den Weg, der zu einer besseren sozialistischen Zukunft führt. Die kleine Schrift von Georg Teder „So kommen wir zum Sozialismus" (Verlag J. H. W. Dietz Nachf.) ist außerordentlich gut geeignet, in breiten Massen des Volkes die Klarheit über Demokratie und Sozialismus zu verbreiten, die nötig ist, um die Kräfte der Arbeiterklasse unter dem Banner der Sozialdemokratie wirksam zusammenzufassen. Wie es der Grundauffassung des wissenschaftlichen Sozialismus seit Marx und Engels entspricht, geht auch diese Darstellung von der Kritik der kapitalistischen Wirtschaft aus.

Die Bedeutung der Ausrichtung der modernen kapitalistischen Wirtschaft nach dem Profitstreben und die Grundlage, die das private Eigentum an den Produktionsmitteln für die Klassenbildung, für die Einkommensverteilung und die Anarchie der Produktionsführung bildet, wird in knapper, klarer, gemeinverständlicher Form dargestellt. Aus dieser Kritik der kapitalistischen Gegenwart werden dann die Forderungen der Sozialisierung und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung des Volkes entwickelt. Besonders wichtig ist es, daß eine klare Behandlung der Enteignungsfrage erfolgt. Enteignung ist für die Sozialisierung notwendig, soweit die Grundlagen der kapitalistischen Beherrschung der Wirtschaft im Großeigentum beseitigt werden müßten. Dagegen ist eine Enteignung an den Produktionsmitteln dort nicht notwendig, wo sie der eigenen Kleinwirtschaft dienen und nicht zur Grundlage der Ausbeutung fremder Arbeitskraft werden.

Nach der Kritik des Kapitalismus und der Klärung der sozialistischen wirtschaftlichen Ziele stellt Teder das Programm des Umbaues der Wirtschaft dar: Ueberführung der entscheidenden Machtpositionen aus der privaten Hand in die Gesamtheit, Ausbau der staatlichen Kontrolle und Lenkung durch Bankenamt, Monopol- und Kartellamt und Aufbau einer planmäßigen Wirtschaftsführung werden erläutert, und schließlich wird die notwendige Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie in der politischen Entwicklung und in der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung des Volkes dargestellt.

Die aufklärende und werbende Schrift verdient, in der Arbeiterschaft und darüber hinaus in allen Schichten der Bevölkerung mit proletarischer Lebenshaltung die weiteste Verbreitung.

Gegen das Unrecht der Bürgersteuer.

Gegen die ungerechte Belastung der Bevölkerung mit Steuern in Form der Bürgersteuer ist von Anbeginn scharfstens Protest erhoben worden.

Die Bürgersteuer in der heutigen Form, die von den Gemeinden in immer mehr sich steigernden Hundertsätzen zur Einhebung kommt, stellt sich insbesondere bei den Kurzarbeitern mit gemindertem Verdienst als eine unerhört drückende Belastung heraus. Hart empfunden wird die Steuer bei den Schuharbeitern, die bereits jahrelang in Kurzarbeit stehen und meistens nur drei Tage Verdienst in der Woche haben. Besonders verbitternd wirkt die Steuerabzug, wenn festgestellt werden muß, daß der unter Kurzarbeit zu erzielende Verdienst so gering ist, daß er teilweise unter den Richtsätzen der öffentlichen Fürsorge zurückbleibt.

Eine Belegschaftsversammlung der Schuhfabrik Haueisen in Cannstatt bringt ihren Protest in folgendem Beschluß zum Ausdruck:

Entschließung.

Die Belegschaft Haueisen erhebt schärfsten Protest gegen den Einzug der Bürgersteuer in Höhe von 30 R.M und bezeichnet diese Steuer als die unerhörteste und zugleich ungerechteste aller Steuern.

Die Tatsache, daß ein verheirateter Mann ohne Kinder bei einem Verdienst von wöchentlich 11 R.M trotzdem noch die Hälfte der Bürgersteuer, also 15 R.M jährlich bezahlen muß, andererseits der Mann mit 24 R.M wöchentlichem Verdienst genau so 30 R.M jährlich bezahlen soll wie derjenige, der ein Einkommen von 85 R.M wöchentlich bezieht, beleuchtet grell die Ungerechtigkeit dieser Steuer.

Selbst derjenige muß noch Bürgersteuer bezahlen, dessen Verdienst unter den Leistungen des Fürsorgeamts liegt.

Gegen solche Ungeheuerlichkeit erhebt die Arbeiterschaft flammenden Protest. Sie fordert alle Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, auf, durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft gegen diese neue unerhörte Belastung der Arbeiterklasse anzukämpfen.

Vom Stuttgarter Gewerkschaftskartell verlangt die Belegschaft unverzüglich die Einberufung einer Betriebsrate-Vollversammlung, die zu dieser und anderen wichtigen Frage Stellung zu nehmen hat.

(Einstimmig angenommen in der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher für den Betrieb Haueisen, Stuttgart, am 1. Januar 1933.)

Begriff des Lehrlings und der Lehrlingshaltung.

Die Gewerkschaftszeitung „Der Maler" registriert folgenden Fall: Gegen einen Unternehmer, dem die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen gemäß § 129 der Gewerbeordnung nicht zusteht, war gemäß den Strafbestimmungen der Gewerbeordnung vorgegangen worden, nachdem festgestellt worden war, daß in dem Betriebe des Angeklagten seit etwa 2½ Jahren ein junger Mensch beschäftigt war, der in verschiedenen, dem fraglichen Erwerbszweig eigentümlichen Handfertigkeiten unterwiesen wurde oder Gelegenheit hatte, sich solche Fertigkeiten in geringerem oder größerem Umfange anzueignen.

Indessen gelangte das Thüringische Oberverwaltungsgericht zur der Ansicht, daß seitens des Unternehmers kein Verstoß gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung begangen sei. Von einem Lehrling könne im vorliegenden Falle keine Rede sein; denn als Lehrlinge sind diejenigen Personen anzusehen, die zum Zweck einer

Eine Arbeitnehmerstimme aus Amerika.

Stimmungsbild aus der amerikanischen Schuhindustrie.

„Der Amerikaner ist zu beneiden." Bis wenigen Jahren noch wurde diese Meinung auch in jenen europäischen Ländern geteilt, die nach dem Kriege scheinbar am besten sich wieder wirtschaftlich konsolidiert zu haben schienen. Heute ist auch dieser Traum ausgeträumt. Jenes Land Amerika, das im Taumel der Prosperitätsperiode kaum mehr an die Möglichkeit von Wirtschaftskrisen zu glauben schien, ist derart vom Strudel der Weltwirtschaftskrise erfaßt, daß alles aus den Augen gerissen erscheint.

Ein seit Jahren in Amerika ansässiger Arbeitnehmer, ein Facharbeiter der Schuhindustrie, entwirft ein Bild der dortigen Krisenwirkungen, das die sonst zugänglichen schlimmen Schilderungen noch in den Schatten stellt. Die allgemeine Arbeitslosigkeit überreicht alle Begriffe. Seinem Empfinden nach müsse die Lage noch trostloser sein, als sie zur Zeit in Deutschland ist. Man spreche offiziell von zehn bis zwölf Millionen Arbeitslosen. Wie diese Schätzung zustande kam, sei nicht nachvollziehbar. Aller Wahrscheinlichkeit nach sei sie zu niedrig ausgefallen. Zu Arbeiterkreisen schätzt man die Zahl der Arbeitslosen auf 16 Millionen. In einem ganzen Straßenblock (Arbeiterviertel) wurden nur zwei Männer angetroffen, die noch Beschäftigung haben.

Daß unter der Arbeitslosen infolge Fehlens einer Arbeitslosenversicherung größte Not einzog, ist klar. Um so mehr, als in diesem Land des „rollenden Dollars" bei vielen das Sparen ein unbekannter Begriff gewesen ist. Hungermärsche, Verhungerte auf den Straßen sind im Gegensatz zu den Verhältnissen noch vor wenigen Jahren heute zur Alltagserscheinung geworden. Daß sich die notleidende Masse immer noch einigermaßen über Wasser hält, ist nur erklärlich aus der allgemeinen billigen Preislage des dringendsten Lebensbedarfs. Gegenüber deutschen Verhältnissen sind die allerdingendsten Lebensmittel 50 bis 80 Prozent billiger.

Wir sehen vor uns ein anderes Amerika als noch vor wenigen Jahren. Das zeigt sich auch im Gesinnungswechsel in der Politik. Man trifft oft Leute, die sozialökonomisch die radikalsten Ansichten vertreten. Das Merkwürdigste ist, daß sie sich aber nicht haben binden wollen, daß diese Ansichauungen hoarscharf den sozialistischen Programmen entsprechen. Dann äußert sich die politische Verbildung von Jahrzehnten. Im übrigen ist das für den Kenner der amerikanischen Verhältnisse begreiflich. Die großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer halten sich jeun von zielklarer Stellungnahme in der Politik. Die Sozialisten wurden vom Bürgertum und der großen bürgerlichen Presse verlästert und verfemt. Unter den Millionen der heute Arbeitslosen sind Hunderttausende von früher in gehobener Stellung befindlichen bis hinauf zum Generaldirektor, die nun auch dem Elend übernommen sind und die jetzt am lautesten ihre Zweifel äußern an der Zweckmäßigkeit des kapitalistischen Systems. Mit sozialistischen Ideen haben diese Leute bisher nichts zu tun gehabt. Nicht verwunderlich, daß die kommunistische Agitation in diesen Kreisen auf Erfolge rechnen kann.

Der „Union Square", jener Platz im Herzen des größten Geschäftsviertes der Welt, gilt heute als der „Rote Platz", der durch die Massenaufmärsche der Arbeitslosen gekennzeichnet wird. Demonstrationen, die zu Revolten sich auswuchsen, hat der verflossene Sommer des öfteren gesehen. Und das für Amerika Unerhörte war dabei, daß die „öffentliche Meinung" beinahe Sympathie für die Protester und Aufsässigen hatte. Es droht in der Tiefe. Die Verhältnisse spitzen sich auch zu ernsteren politischen Auseinandersetzungen der proletarischen Gewerkschaftsarbeit. Bemerkenswert ist der Umschwung in der Schreibweise der großen bürgerlichen Zeitungen. Das „Evening Journal" (Hearst-Konzern), der „New York American" und andere Blätter bringen ab und zu Leitartikel, die an den verkehrten „Marxismus" gemahnen und die in Uebersetzung auch ebenjenen im Berliner „Vorwärts" gebracht werden könnten. Die fürstliche Präsidentenwohl gibt an sich kein Bild des eigentlichen, sich anbahnenden Stimmungsumschwungs. Als das entscheidende Moment war im Wahlkampfe die Alkoholfrage in den Vordergrund gestellt. Die Wählermassen blieben nur aus traditionellen Gründen haften an dem Zwei-Parteien-System.

Von besonderem Interesse ist, was der Fachgenosse in Amerika über die dortige Entwicklung der Schuhindustrie zu sagen weiß. Jeder Satz deckt sich beinahe mit dem, was über die jüngste Entwicklung der deutschen Schuhindustrie als bekannt vorausgesetzt werden kann.

Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftsmisere ging der Uebergang vom Qualitätsschuh zum billigeren, einfacheren Standardschuh Hand in Hand. Modernisierte Technik und Rationalisierung wurden benutzt, um die Selbstkosten zu vermindern. Im allgemeinen ist die Industrie noch nicht einmal vom Produktionsrückgang am stärksten mitgenommen worden. (Die allgemeine Produktionsziffer hat sich gut behauptet.) Aber anläßlich des Uebergangs vom Markenschuh zum Gebrauchsschuhwerk fehlte den Schuhfabrikanten in der Preisbildung jeder Halt. Eine Organisation der Schuhfabrikanten, die auf diesem Gebiet Einhalt geboten hätte, ist nicht vorhanden. Entscheidend wurde der wilde Konkurrenzkampf. Die beispiellose Konkurrenz aller gegen alle hat merkwürdigerweise zu Konkursen gerade bei alten, für gut fundiert geholtenen Betrieben geführt. Fast scheint es, als sei die Schuhindustrie nur noch auf Spekulation und Bankrott zugeschnitten. Die meisten „neuen" Schuhfabrikanten sind Bankrotteure schlimmster Sorte. Aus den Bankrottmassen heraus ist auch der Schuhmarkt dauernd mit billigsten Schuhen überschwemmt. Vor allen Dingen sind es die großen leistungsfähigen Warenhäuser, die über Bargeld verfügen und derartige Posten billig aufkaufen zu können.

Diese Art von „Wirtschaftspolitik" ermuntert die Abnehmer zu Zumutungen an die Schuhhersteller, zu denen ein aufrechter Fabrikant sich früher nie verstanden haben würde. Besonders Firmen, die auf zu geringem Eigenkapital errichtet sind, lassen es sich gefallen, daß der Abnehmer d. h. der jeweil zahlungsfähige Abnehmer) die Preise bestimmt. Dementsprechend wird dann produziert. Wie es um die Qualitätsfrage bestellt ist, ist natürlich eine andere Sache. Daß dieser schmutzige Konkurrenzkampf die Lohnkonflikte nicht abreißen ließ, liegt auf der Hand. Seit Anfang 1930 jente ganz plötzlich eine Lohnabzugsbewegung ein. Die Arbeiter leisteten Widerstand. Es wurden dennoch Lohnabzüge von 3–10 Prozent durchgesetzt. Mit nachlassendem Beschäftigungsgrad wurden diese Versuche fortgesetzt, häufig nach folgendem Vorgang: Ein Vereinkäufer stellt eine große Order für sagen wir 10 000 Paar Schuhe in Aussicht, für den Fall, daß er solche für 5,50 Dollar geliefert bekomme. Erhält er vielleicht die Zusage Hierfür, dann schließt er dennoch nicht ab. Er geht zum nächsten Fabrikanten und drückt, gestützt auf die erste Zusage nochmals 25 Cts. pro Paar herunter. Er versucht es dann bei einem dritten mit nochmals 25 Cts. Ein schmutziges Handelsgeschäft, bevor auch nur die Ware richtig kalkuliert, geschweige denn hergestellt worden ist. Daß unter solchen Umständen Lohnkonflikte nicht abreißen, liegt auf der Hand, denn der Hersteller sucht sich in solchen Fällen jedesmal auch mit schadlos zu halten durch Lohnduckversuche.

In einigen Schuhindustriezentren ist die Arbeitslosigkeit erschreckend groß. Sie geht bis zu 60 Prozent hinauf. Außerdem ist Kurzarbeit an der Tagesordnung. Ein sehr hoher Prozentsatz der noch Beschäftigten arbeitet nur 24 Stunden in der Woche. Daß unter derartigen Umständen der Unternehmer sich obenauf fühlt, ist nicht verwunderlich. Das äußert sich u. a. auch in der häufigeren Durchbrechung der Arbeitsschutzbestimmungen. Selbst eine der ältesten und besten Firmen mußte einmal wegen Sonntagsarbeit (die gesetzwidrig ist) in Strafe genommen werden. Jedesmal, sofern ausnahmsweise größere Orders eintreffen, wird von den Firmen versucht, diese Orders mit größter Beschleunigung aufzuarbeiten. Ist man damit fertig, setzen für die Arbeiter wieder äußerst stille Perioden ein.

So ist der Arbeiter in dem Bereicht der am schlimmsten Leidtragende in der Krise. Er hat Rückschläge in der Entlohnung auf sich nehmen müssen. Aber allgemein wird angenommen, daß bei einem wieder einsetzenden besseren Geschäftsgang schwere wirtschaftliche Kämpfe einsetzen werden und die Arbeitergewerkschaften an Mut und Entschlossenheit gewinnen.

gerecht Berufsausbildung in fremden Diensten beschäftigt werden, denen planmäßig die für die selbständige Ausübung des in Frage kommenden Berufes insgesamt erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden. — Hier aber handelt es sich ja nun um die Unterweisung des Beschäftigten in einzelnen, dem betreffenden Erwerbszweig eigentümlichen Handfertigkeiten; nach einer Beschäftigungsdauer von 2½ Jahren wird der erwähnte junge Mann noch immer hauptsächlich mit Botengängen, Zerkleinern von Material und nur allgemeinerlich mit Handreichen beschäftigt, die zur Berufsausbildung erforderlich sind. Deshalb ist, sowei ihm eine „Anleitung" zuteil wird, diese weder eine planmäßige, noch umfaßt sie die Berufsausbildung als Ganzes oder ist sie insbesondere darauf gerichtet, dem Anzuleitenden die zur selbständigen Berufsausbildung notigen Kenntnisse zu vermitteln. — Es kann hier also von einem Lehrlingsverhältnis oder von einem verschleierten Lehrlingsverhältnis keine Rede sein. Die Voraussetzungen zu einem Vorgehen gegen den Unternehmer auf Grund des § 111a der Gewerbeordnung liegen jonach nicht vor. (Thür. Oberverwalt. Ger., Z. 1 32 — A 7. 31).

Diese Auslegung der Gewerbeordnung läßt leider den Unternehmern manche Möglichkeiten offen, junge Menschen zu beschäftigen, ohne daß diese als Lehrlinge gelten und jomit ihre Gesellenprüfung machen können, um als Facharbeiter anerkannt und entlohnt zu werden.

Entscheidungen in Lehrlingsfragen.

Anspruch der Lehrlingsvergütung bei Betriebsstillegungen. Der Lehrherr hat im Falle der Stillegung eines Betriebes sich um das weitere Fortkommen des Lehrlings anzunehmen zu bemühen. Wird diese Pflicht verletzt, ist die Lehrlingsvergütung aus den Gesichtspunkten des § 615 BGB. fortzugewähren. (Urteil RAG. 579 1931 vom 30 April 1932.)

Beendigung des Lehrverhältnisses beim Tode des Lehrherrn. Das Lehrverhältnis ist beendet, wenn die Rechtsnachfolger beim Tode des Lehrherrn innerhalb vier Wochen die Aufhebung der Lehre geltend machen (Arbeitsgericht Kiel 748 31 vom 17. August 1931.)

Kann das Verhalten des gesetzlichen Vertreters des Lehrlings gegenüber dem Lehrherrn im allgemeinen einen Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses geben? Unmittelbar verpflichtet und berechtigt aus dem Lehrverhältnis sind der Lehrherr und der Lehrling, wenn von der selbstschuldnerischen Bürgschaft des Vaters bzw. des gesetzlichen Vertreters abgesehen wird. Wenn also der Vater den Lehrherrn beispielsweise wegen Ueberschreitung des Arbeitszeit angeht und dieser verurteilt wird, so hat dieser keinesfalls das Recht, den Lehrling deshalb fristlos zu entlassen. Der Vater hat lediglich das Recht seines Kindes wahrgenommen und den gesetzlichen Weg zur Beseitigung eines Uebelstandes beschritten. (Entscheidung Landesarbeitsgericht Berlin, Urteil vom 18. Februar 1931.)

Wann hat der Lehrling Anspruch auf Bezahlung von Feierschichten? Liegt eine Betriebsstörung vor, mit der der Arbeitgeber rechnen mußte, denn hatte er auch für die Tage, an denen nicht gearbeitet wurde, den Lohn zu bezahlen, sofern es sich um wenige Feierschichten handelt. Der Lehrling soll in der Lohnfrage wegen Ausfall von Arbeitstagen durch Einführung von Kurzarbeit nicht schlechter gestellt sein als der Vollarbeiter. In in der Arbeitsordnung der Grundlage aufzustellen, daß für Feierschichten infolge mangelnder Aufträge Arbeitsentgelt nicht zu leisten ist, gilt, wenn Lehrvertrag, Betriebsordnung oder Tarifvertrag nichts anderes bestimmen, auch für Lehrlinge. (Urteil RAG. 68 1931 vom 19. September 1931.)

Neue Bestimmungen für Benutzung der Jugendherbergen.

Auf dem Eisenacher Reichsherbergstag wurden einige Änderungen in den bisherigen Bestimmungen beschlossen, die am 1. Januar 1933 in Kraft treten. Nachfolgend sei darauf hingewiesen.

1. Nachweislich in Berufsausbildung Begriffene vom 20. bis 25. Lebensjahr und nachweislich Erwerbslose der gleichen Altersstufe erhalten die Mitgliedskarte mit Herbergsbenutzer Ausweis und einer besonderen Jahresmarke. Der Beitrag beträgt ebenso wie für die jugendlichen freiwilligen Mitglieder die Hälfte des üblichen Satzes. An den JH. wird das Kopfgeld für Jugendliche gezahlt. Die Zeitschrift wird für diese beiden Gruppen zur Verjugung gestellt, jedoch besteht kein Anspruch auf Lieferung frei Haus wie bei den ordentlichen und freiwilligen Mitgliedern. Die Ortsgruppen können also zur Bedingung machen, daß die Zeitschrift in der Ortsgruppengeschäftsstelle abzuholen ist.

Die Erwerbslosen vom 20. bis 25. Jahre finden in den für Aeltere geöffneten Jugendherbergen des Gaues Bayern nur dann Aufnahme, wenn sie im Besitz der beim Gau Bayern anzufordernden besonderen Marke für jugendliche vom 20. bis 25. Jahr sind.

2. Die Bestimmungen über den TJH. Führerausweis werden dahingehend geändert, daß bei Jugend und Schulgruppen bis zu 7 Teilnehmern — bisher 5 Teilnehmer — (Führer eingerechnet) 1 Führer zulässig ist, bei 8 bis 20 Teilnehmern wie bisher 2 Führer. Die Mindestzahl für die Erlangung eines Führerausweises von 3 Teilnehmern einschließlich Führer wird hierdurch nicht berührt. Die Führer zahlen dasselbe Kopfgeld wie Jugendliche.

3. Die TJH. Ausweise haben fortan Gültigkeit für die Zeit vom 16. Dezember des Ausstellungsjahres bis zum 15. Januar des folgenden Jahres. Die Ausweise für 1933 können also bereits ab 16. Dezember 1932 für die Jugendherbergsbenutzung verwendet werden.

Polizeiliche Beglaubigung von Führerausweisen.

Bisher wurden bei der polizeilichen Beglaubigung der Führerausweise, die von den Jugendverbänden oder der Reichsbahn (zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für Jugendpflegefahrten) ausgestellt sind, oftes Schwierigkeiten gemacht. Durch Runderlaß des Ministeriums des Innern vom 23. August 1932 — I b/bII III 32 — Min. Bl. 9 32/847 — wird den Polizeibehörden die kostenlose Beglaubigung der Ausweise erneut zur Pflicht gemacht. Eine Anerkennungsbescheinigung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände oder seiner Landesausschüsse, in Berlin des Ortsausschusses für Leibesübungen oder des Jugendherbergsverbandes, muß vorgelegt werden, so daß nur Vereine, die entweder dem Jugendherbergsverband oder dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände angehören, in den Genuß der Bergunstigung kommen.

Gewerkschaftszugehörigkeit und FAD.

Es ergaben sich verschiedene Zweifel darüber, ob durch die Beschäftigung im FAD. ein Uebertritt vom ursprünglichen Berufsverband zu der für das Arbeitsgebiet im FAD. zuständigen Organisation notwendig werde. Tatsächlich ist vom ADGB. folgende Richtlinie aufgestellt worden: Bei Erdbewegungs- und Bauarbeiten ist für die Organisierung der gewerkschaftlich nicht organisierten Dienstteilnehmer der Deutsche Baugewerksbund, bei Forstarbeiten der Deutsche Landarbeiter Verband zuständig. Uebertritte sind während des freiwilligen Arbeitsdienstes zu vermeiden, sie sind nur nach vorheriger, schriftlich vom Verband bestätigter Abmeldung zulässig.

Diese Richtlinie besagt, daß es nicht darauf ankommt, bereits organisierte Kollegen von einem Verband in den anderen zu überführen, sondern die Unorganisierten in den FAD. Lagern für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Pflicht eines jeden Kollegen, der sich am FAD. beteiligt, ist es, mit seiner Organisation die Verbindung aufrechtzuerhalten und für den gewerkschaftlichen Gedanken zu werben.

Wie errichtet man eine Jugendgruppe?

Der Zentralverband der Schumacher in Burg bei Magdeburg rief an seine jugendlichen Verbandsmitglieder bis zu 20 Jahren im August 1931 Fragebogen folgenden Inhalts verteilen:

Bist du in irgendeinem Sportverein? ja — nein.

Bist du in irgendeinem Musikverein? ja — nein.

Bist du in einer anderen Vereinigung? ja — nein.

In welcher Fabrik? . . . In welchem Saal? . . .

Namen und Wohnung.

Mit diesem Material wurde eine besondere Jugendkartei geschaffen, die folgendes zeigt:

Fragebogen erhielten 237 weibliche und 63 männliche, zusammen 330 Jugendliche bis zu 20 Jahren. Davon waren:

81 weibliche und 48 männliche, zusammen 129, Mitglied einer Vereinigung und 156 weibliche und 15 männlich, zusammen 191, in keinem besonderen Verein.

Zweck der ganzen Aktion war, an die Jugend heranzukommen, die sich in keiner Jugendorganisation oder -bewegung betätigt. Nachdem die Feststellungen hierfür getroffen waren, kam die weitere Kleinarbeit. Die Adressen wurden gesichtet und annähernd 60 Mädel und Jungen herausgesucht. Diese wurden fabrik- und saalweise zusammengestellt. Hierauf wurden die Jugendlichen einmal durch schriftliche Einladung und zum anderen durch den Betriebsrat persönlich aufgefordert, den festgesetzten Jugendabend zu besuchen. In einer vordem stattgefundenen Zusammenkunft der Betriebsräte waren diese über den Zweck der ganzen Aktion unterrichtet worden. Es hatte alles klappen müssen, wenn — — ja wenn nicht diese unserer Funktionäre eine von ihnen persönlich an die Jugendlichen gerichtete Aufforderung für unnötig erachtet hatten. Und doch ist die Mitskraft eines älteren Kollegen mit dem Jugendlichen, der im gleichen Produktionsgang steht, von nachhaltigerer Wirkung als jede andere Werbung. Man kann hierbei auch die Meinung des einzelnen Jugendlichen zur Jugendfrage am besten studieren.

Die dem Betriebsrat gegebenen Antworten werden für den Jugendleiter immer reiches Material und wichtiger Wegweiser für die Fortführung seiner Jugendarbeit sein. Der Erfolg dieser Einladung entsprach natürlich nicht den Erwartungen, er zeigte aber doch, daß es möglich ist, die Jugendarbeit des Verbandes auf dieser Grundlage aufzubauen. Es wurde in dieser Arbeitsform nicht locker gelassen, so daß die Zahl der Teilnehmer nach dem ersten Abend stieg. Nach dem sechsten bis siebenten Abend war für den Beitand der Gruppe keine Sorge mehr vorhanden.

Unsere Absicht war natürlich, den jungen Menschen, die wir für unsere Abende gewinnen können, nicht nur Geselligkeit zu bieten, sondern ihnen auch Anregungen zur Weiterbildung zu geben und Einblick in unsere Bewegung zu verschaffen. Also sollten unterhaltende Veranstaltungen mit solchen ernsten Charakters im Monatsprogramm abwechseln. Wöchentlich ein Abend war vorgesehen. Nur was die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Je nachdem, in welchem Beruf der junge Mensch steht, so ist er auch geistig verschieden veranlagt. Und so waren denn unsere jungen Freunde aus der Schuhbranche durchaus nicht für die ernsten Abende eingenommen. Sollte das so knapp Geschaffene nicht zum Untergang verurteilt sein, mußten wir uns umstellen. Es muß dabei beachtet werden, daß es sich ja um die sogenannte „indifferente" Jugend handelte und ein gewisses Verpflichten nicht in Frage kommt. Es wurden also nur Spiel-Heimabende abgehalten, die aber mit der Zeit eine Beigabe von ernster geistiger Kost erhalten. Der Anfang hierzu ist bereits gemacht und hat bei der Jugend guten Anklang gefunden. Wir haben die feste Zuversicht, daß auf diesem Wege eine Gruppe geschaffen werden kann, die die Schar der indifferenten Jugend zum Vorteil der Bewegung auf ein Mindestmaß verringert.

Wie der vorstehende Bericht zeigt, ist es nicht nötig, den Neuaufbau einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe auf Kosten anderer Jugendorganisationen durchzuführen. Ebensowenig aber ist der Vorwurf berechtigt, den man von so manchem Funktionär hören kann: „Die Sportbewegung entzieht uns den ganzen Nachwuchs." Nach dem bisherigen Stande der gewerkschaftlichen Jugendarbeit im Verhältnis zu der bei uns organisierten Jugend kann davon jedenfalls keine Rede sein. Wir müssen versuchen, in erster Linie die von seinen anderen Organisationen erfaßten jugendlichen Mitglieder in unseren Jugendgruppen zusammenzufassen.

(A. Reuß im „Jugend-Führer".)

Lustige Textiljugend unterwegs.

Mit solchen Trittchen ausgerüstet ist der Gang auf Landagitation ein Vergnügen!

Vom Reichskuratorium für Jugendertüchtigung.

Diese von der Reaktion geschaffene Einrichtung sollte zum Zerschlagen der sozialistischen Bewegung werden. Die wehrpolitische Ertüchtigung der Jugend, wie sie vom Reichskuratorium vorgesehen war, fällt in den Aufgabenkreis des Reichsbanners. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind nicht unmittelbar davon berührt. Die Reichsbannerleitung verfügt nun die Auflösung, sich an der Sache zu beteiligen, damit ein Mißbrauch verhütet werde und die für den Zweck aufgewendeten Staatsmittel auch einem Teil der proletarischen Jugend zugute kam. Beim ADGB. war diese Taktik sehr klug und erfolgreich, wie wir wiederholt berichten konnten. Trotzdem Vorstehendes haben die Zentralisten widersprochen und somit hat das Reichsbanner beschlossen, im Reichskuratorium nicht mitzuwirken. Die Ablehnung liegt nicht in der Meinung, daß der betreuten Jugend ein Schaden erwachsen könnte, sondern hat in der Tatsache die Ursache, daß Führer in den republikanischen Bünden und Arbeiterkreisen Streitereien drohen könnten, die zu einer weiteren Schwächung der Bewegung führen. Deshalb das Reichsbanner unter allen Umständen vermeiden und bleibt deshalb dem Reichskuratorium fern.

Ein Rückblick aus dem Jahr 2000.

Von Edward Bellamy.

Aus dem Englischen übertragen von Clara Zetkin.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nur der Wille allein war mir geblieben, aber war irgendein menschlicher Wille stark genug, solch einem tobenden Meere zuzumuten: „Ihr Wogen legt euch?" Ich durfte nicht denken. Ein unerträglicher Schwindel befiel mich, so oft ich mir das, was mir geschehen war, mit allen seinen Konsequenzen klar vorstellen, meine Lage überschauen wollte. Die Idee, daß ich aus zwei Personen bestande, daß ich ein Doppelwesen wäre, bemächtigte sich meiner als die einfachste Erklärung meines Erlebnisses.

Ich war mir bewußt, daß ich an der Grenze des Wahnsinns stand. Wenn ich noch länger so liegen blieb, war ich verloren. Ich mußte irgendwie Zerstreuung, Ablenkung haben, wäre es auch nur durch eine körperliche Anstrengung. Ich sprang auf, kleidete mich schnell an, öffnete die Zimmertüre und eilte die Treppe hinab. Es war noch sehr früh — es dämmerte kaum —, so daß ich im unteren Stockwerk keinen Hausmann begegnete. Ich ergriff einen im Flur hängenden Hut, öffnete die Haustür, die so nachlässig geschlossen war, daß der Einbruch sicher nicht zu den Gefahren des modernen Boston gehören konnte, und befand mich draußen. Zwei Stunden lang ging oder stürmte ich vielmehr durch die Straßen der Stadt und besuchte beinahe alle Viertel, die auf der Halbinsel gelegen sind. Welche Fülle von überraschenden und verwirrenden Eindrücken ich während dieser Zeit erhielt, das kann nur ein Alterthumsforscher annähernd verstehen, der einigermaßen den Gegensatz zwischen dem heutigen Boston und dem Boston des neunzehnten Jahrhunderts kennt. Als ich gestern vom Dache des Hauses aus die Stadt gesehen hatte, war sie mir gewiß fremd erschienen. Allein der allgemeine Anblick hatte mir auch nur einen allgemeinen, unbestimmten Eindruck der stattgefundenen Veränderungen hinterlassen. Welch vollständiger Umschwung sich vollzogen hatte, das wurde mir erst jetzt klar, als ich die Straßen durchwanderte. Etliche wenige Wahrzeichen der alten Stadt, die erhalten waren, verstärkten nur diesen Eindruck. Ohne sie hätte ich wähnen können, einen wildfremden Ort zu durchschreiten. Wenn jemand als Kind seine Vaterstadt verläßt und fünfzig Jahre später dahin zurückkehrt, so wird er sie gewiß in vielen Einzelheiten verändert finden. Vieles wird ihn dann überraschen, doch nichts kann ihn ganz außer Fassung bringen. Er ist sich bewußt, daß ein großer Zeitraum verflossen ist und daß Veränderungen in der Heimat stattgefunden haben, wie solche auch in ihm selbst vorgegangen sind. Nur dunkel schwebt ihm das Bild der Stadt vor, wie er sie als Kind gekannt hat. Mir dagegen ging das Gefühl vollständig ab, daß zwischen dem Einst und Jetzt ein langer Zeitraum liege. Nach meinen Empfindungen war es erst gestern, erst vor wenigen Stunden gewesen, daß ich diese Straßen durchwandert hatte, in denen auch nicht ein Zollbreit einer vollständigen Veränderung entgangen war. Das Bild des alten Boston stand so frisch und lebendig vor meinem Geiste, daß der Anblick der neuen Stadt es nicht zu verdrängen vermochte. Das alte Boston kämpfte mit dem neuen Boston, und bald erschien mir das eine, bald das andere als die unwirkliche Stadt, die nur in meiner Einbildung bestand. Alles, was ich erblickte, war verwischt wie eine Reihe übereinander photographierter Gesichter.

Endlich stand ich wieder vor der Tür des Hauses, aus dem ich fortgegangen war. Meine Füße mußten mich instinktiv an die Stätte meines alten Heims zurückgetragen haben, denn ich wußte selbst nicht, wie ich hierher zurückgekommen war. Für mich war das Haus nicht anheimelnder als irgendein anderer Fleck dieser Stadt, die einem fremden Geschlecht gehörte; auch seine Bewohner waren mir naturgemäß ebenso vollständig fremd wie alle anderen Männer und Frauen, die jetzt auf der Erde lebten. Wäre die Türe des Hauses verschlossen gewesen, so wurde mich dies nur daran erinnert haben, daß ich darin nichts mehr zu suchen hatte, und ich wäre wieder fortgegangen. Aber die Türe gab dem Drucke meiner Hand nach, und so ging ich mit unsicheren Schritten durch den Hausflur und trat in einen der anstoßenden Zimmer.

Ich warf mich hier auf einen Stuhl und bedeckte meine Augen mit den Händen, um nicht länger all das Fremdartige zu sehen, das mich mit Entsetzen erfüllte. Meine Seelenpein war so qualvoll und heftig, daß sie körperliche Schmerzen erzeugte. Wie soll ich die Todesangst jener Augenblicke beschreiben, in denen meine Denkfähigkeit zu schwinden schien; wie das Gefühl der Hilflosigkeit schildern, das mich in überwältigender Weise ergriff? In meiner Verzweiflung stöhnte ich laut auf. Das Gefühl dämmerte in mir empor, daß ich dem Wahnsinn verfallen sei, wenn jetzt nicht Hilfe käme. Und sie kam. Ich hörte das Rauschen eines Kleides und schaute auf: Edith Leete stand vor mir. Ihr schönes Antlitz drückte tiefempfundenes Mitgefühl aus.

„Ach, Herr West, was fehlt Ihnen?" fragte sie. „Ich war im Zimmer, als Sie eintraten. Ich bemerkte, wie furchtbar unglücklich Sie aussahen. Als ich Sie stöhnen hörte, konnte ich nicht länger ruhig zusehen. Was ist Ihnen zugestoßen? Wo sind Sie gewesen? Kann ich etwas für Sie tun?" Während Edith Leete sprach, streckte sie mir wahrscheinlich unwillkürlich mit einer mitleidigen Gebärde ihre Hände entgegen. Ich ergriff sie und hielt sie fest, dem natürlichen instinktiven Antrieb gehorchend, der den Ertrinkenden treibt, das Ding in der letzten Minute zugeworfene Seil zu erhaschen und sich daran festzuklammern. Als ich in Edith's mitleidvolles Gesicht und in ihre feuchten Augen blickte, kehrte Ruhe in mein aufgewühltes Gemüt zurück. Das tiefe menschliche Mitgefühl, das sich in dem sanften Drucke ihrer bebenden Hand verriet, gab mir den Halt, dessen ich bedurfte. Wie ein wundertätiges Elixier wirkte es beruhigend und besänftigend auf mich.

„Gott segne Sie", sagte ich nach einigen Augenblicken. „Er muß Sie gerade jetzt zu mir gesandt haben. Ich glaube, ich wurde wahnsinnig geworden sein, wenn Sie nicht gekommen wären."

Bei diesen Worten traten Edith die Tränen in die Augen.

„O, Herr West", rief sie aus. „Für wie herzlos müssen Sie mich gehalten haben! Wie konnten wir Sie so lange sich selbst überlassen! Aber nun ist es vorüber, nicht wahr? Gewiß fühlen Sie sich schon besser."

„Ja", erwiderte ich, „dank Ihnen. Wenn Sie noch etwas hier verweilen wollen, so werde ich meine Fassung bald wieder gewonnen haben."

„Selbstverständlich werde ich noch nicht fortgehen", sagte sie, während ein leichtes Zittern ihres Antlitzes mir ihr Mitgefühl besser bewies als tausend Worte. Sie dürfen uns nicht für so herzlos halten, wie wir scheinen, weil wir Sie allein gelassen haben. Ich konnte vergangene Nacht kaum ein Auge schließen, so lebhaft stellte ich mir vor, wie schlaam Ihr Erwachen heute morgen sein müßte. Mein Vater meinte jedoch, daß Sie lange schlafen würden. Er sagte, es sei besser, Ihnen im Anfang nicht allzuviel Mitgefühl zu zeigen, sondern lieber zu versuchen, Sie zu zerstreuen und Ihnen vor allem empfinden zu lassen, daß Sie unter Freunden sind."

(Fortsetzung folgt.)

Die Weltwirtschaft am Jahreswechsel

Die Lage der Weltwirtschaft ist nach wie vor sehr uneinheitlich. Der scharfe Abschwung, der noch Mitte des Jahres zu verzeichnen war, ist in fast allen Teilen derselben in eine leicht aufwärts gerichtete Bewegung übergegangen. Vielfach ist er vollständig zum Stillstand gekommen. Es ist jedenfalls ein grundsätzlicher Wandel der Konjunkturentwicklung eingetreten. Nach einer Untersuchung des deutschen Konjunkturinstituts ist die Wirtschaftsschrumpfung beendet in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Finnland, den Niederlanden, Australien, Südafrika und den Vereinigten Staaten. Außerordentlich verlangsamt hat sich der Abschwung u. a. in Belgien, Italien, Oesterreich, Polen, Schweden, in der Schweiz und in der Tschechoslowakei. Die bisher genannten Staaten sind also in die Phase allmählicher Konsolidierung eingetreten. In den meisten überseeischen Rohstoffländern ist der Konjunkturrückgang bereits abgeschlossen. In den Agrarländern ist am wenigsten etwas von dem Umschwung der Wirtschaftskrise zu bemerken. Dies liegt daran, daß an den Weltmärkten für Agrarstoffe nach wie vor ein starkes Angebot vorhanden ist, wodurch die Preise unter Druck stehen.

Der scharfe Sturz der Preise an den Weltrohstoffmärkten hat bereits vor einem halben Jahr sein Ende gefunden. Die im Sommer ausgebrochene Hausse brach aber bereits im September zusammen. Dennoch sind die Preise nicht auf den alten Stand zurückgekehrt. Der scharfe Druck des Angebots hat nachgelassen. Mit Ausnahme des Getreides haben die sichtbaren Vorräte nicht zugenommen. Bei manchen Produkten ist eine wesentliche Abnahme zu verzeichnen. Angebot und Nachfrage haben sich weitgehend einander angepaßt. Der gegenwärtige Preisstand scheint sich für eine gewisse Zeit zu stabilisieren. Die Kreditmärkte werden gekennzeichnet durch die außergewöhnliche Geldflüssigkeit in den kapitalreichen Ländern. Wenn auch die Emissionstätigkeit in der ganzen Welt noch sehr gering ist, scheint die Auflockerung der Kapitalmärkte fortzuschreiten. Bei einer konjunkturellen Besserung würden die Kreditmärkte zum Teil aufnahmefähig sein.

Auf den verschiedensten Gebieten hat sich die industrielle Produktion der Welt erhöht. Seit dem tiefsten Stand der Gesamtproduktion haben eine Zunahme zu verzeichnen in v. H.: Schweden 22,8, Japan 19,5, Deutschland 17,5, die Vereinigten Staaten 13,8, Polen 8,3, Frankreich 3,3 und Belgien 1,7. Die Textilindustrie hat bei der Produktionsbesserung an erster Stelle gestanden. Aehnlich war es zum Teil bei anderen Verbrauchsgütern. Dieser Aufstieg ist allerdings mit einer Gefahr verbunden, weil der Verbrauch infolge der niederen Kaufkraft nicht zu steigen vermag. Würde in allen Ländern auf die Steigerung der Kaufkraft der größte Wert gelegt, so könnte sich hier am ehesten ein Wirtschaftsumschwung bemerkbar machen.

Der Welthandel befindet sich nach wie vor auf einem außerordentlich niederen Stand. Im dritten Vierteljahr 1932 sank er dem Wert nach um 11 v. H. und der Menge nach um 7 v. H. Der Welthandel wird durch die Währungsverschlechterungen außerordentlich belastet. Von den gesamten am Welthandel beteiligten Staaten (darunter befinden sich Großbritannien, Dänemark, Oesterreich, Schweden, Japan, Spanien usw.) haben 36 Länder eine entwertete Valuta. Diese Länder haben einen Anteil am Welthandelsumsatz in Höhe von 49,8 v. H., bilden aber 73 v. H. der Weltbevölkerung. 16 Länder (u. a. Belgien, Frankreich, Holland, Schweiz, Vereinigte Staaten) haben noch intakte Goldwährung. Diese sind am Welthandel mit 32,3 und an der Weltbevölkerung mit 16,9 v. H. beteiligt. Dazwischen stehen die Länder mit zwangsgeregelter Währung bzw. leicht schwankenden Wechselkursen. (Dazu gehören u. a. Deutschland, Italien, Rumänien und die Tschechoslowakei). Deren Anteil am Welthandel beträgt 17,9 und an der Weltbevölkerung 10,1 v. H. Daß bei einem solchen Verhältnis der Welthandel immer erneut gehemmt wird, dürfte erklärlich sein. Bei einem Ansteigen des Güteraustausches sind die niedervalutarischen Staaten im Vorteil. Eine Neuordnung der internationalen Währungsverhältnisse ist deshalb das dringendste Erfordernis.

Hierzu ist die in Aussicht stehende Weltwirtschaftskonferenz in erster Linie berufen. Auch auf zollpolitischem Gebiete harren ihrer ganz gewaltige Aufgaben. Noch weiß man nicht, wann sie zusammentritt. Aber wenn jemals, dann war jetzt die Notwendigkeit einer Aussprache und ein sich daraus ergebendes energisches Handeln dringend am Platze. Aus diesen Gründen versteht man es nicht, daß einer so notwendigen Konferenz immer neue Hindernisse bereitet werden.

Im letzten Bericht des Internationalen Arbeitsamtes wird von einer Weltarbeitslosigkeit von mindestens 30 Millionen Arbeitern mit einem Ausfall von Lohn und Gehalt von über 100 Milliarden Goldfranken im Jahr berichtet. Die Arbeitslosigkeit ist wesentlich größer als zuvor. Wie bemerkt, die 1931 entstandene internationale Kreditkrise wurde zwar im Jahre 1932 überwunden, das Währungschaos und die damit verbundenen Uebel: Hindernisse des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs hielten an. Im Herbst war allerdings eine kleine Belebung der Produktion in den meisten Ländern zu verzeichnen. Die Ansätze der Konjunkturbelebung in der Weltwirtschaft, die sich in jener herbstlichen Konjunkturbelebung zeigten, mußten sich jedoch verflüchtigen, da sich die weltpolitischen Voraussetzungen der Konjunkturbelebung, die nicht weniger wichtig sind wie die wirtschaftlichen, zum Schlechteren gewendet haben. Der neulich vom Zaun gebrochene Streit wegen der Nichtzahlung von Kriegsschulden an Amerika hat die Aussichten auf eine Konjunkturbelebung weiter verschlechtert. Nicht einmal Rußland bietet da ein trostreicheres Bild: bei starken Fortschritten der Industrialisierung und bei Vermeidung der Arbeitslosigkeit rief dort die Agrarkrise eine Lebensmittelnot im großen Ausmaß hervor.

So besteht auch nach diesem Jahr der schweren Prüfung für arbeitslose Volksmillionen keine Aussicht auf unmittelbare Aenderung. Um so mehr hat sich aber in wirtschaftlichen Dingen das Bewußtsein der Bevölkerung in allen Ländern geändert, selbst in solchen, in welchen bisher der kapitalistische Boden völlig gesichert erschien. Die Unternehmer begaben sich auch in diesen Ländern unter den Schutz des Staates. Die kapitalistische Welt erwartet in ihrer Ohnmacht die Hilfe allein von der staatlichen Unterstützung. Daraus entstand jedoch bald der Wunsch auch anderer Bevölkerungsschichten nach sozialem Schutz und nach planwirtschaftlicher Führung der Wirtschaft selbst in Ländern, in welchen, wie in Amerika oder in Frankreich bisher kaum Ansätze für solche Forderungen vorhanden waren. In Ländern dagegen, in welchen der Wunsch nach dem Umbau der kapitalistischen Wirtschaft bereits früher lebendig war, machte dieser Gedanke nicht nur im allgemeinen Fortschritte, vielmehr wurden auch Wege und Mittel zu einer Verwirklichung erdacht und vorbereitet, so daß es allein von der Ueberwindung des kapitalistischen Widerstandes abhängt, wann diese Pläne in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Ueberblickt man die politische, soziale und wirtschaftliche Bewegung des jetzt zur Neige gegangenen Jahres, so wird, alles in allem, trotz des reaktionären Rückschlags, der in vielen Ländern, insbesondere in Deutschland eintrat, trotz erhöhter Arbeitslosigkeit und anhaltender Wirtschaftskrise die Lage in einer Hinsicht vielleicht trostreicher erscheinen als ein Jahr zuvor. In einer bedrückenden, lang andauernden Wirtschaftskrise lauft man Gefahr, daß sich die großen Massen der Bevölkerung infolge ihres wirtschaftlichen Elends allmählich abstumpfen, daß ihr Wille zur Neugestaltung der Welt erlahmt. Nichts davon ist gegenwärtig festzustellen. Ueberall regen sich Kräfte, die das Neue wollen und mit vergangenen Mißständen aufräumen möchten. Aus diesem Willen soll die neue Welt entstehen, eine Welt, in der die Menschen nicht länger in blutigen Kriegen einander vernichten, in der dagegen die Freiheit und die Würde des arbeitenden Menschen anerkannt, sein Recht auf Arbeit und Versorgung sichergestellt wird.

Arbeiternot ist Bauernnot.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der frühere Reichsminister und praktisch tätige Landwirt Dr. Schlange-Schöningen einen Artikel in der Weihnachtsnummer der „Frankfurter Zeitung". Der Aufsatz läßt erkennen, daß dieser von seinen ernstlichen Berufsgenossen viel besehdete Mann die Dinge am Karsten sieht. Zitieren wir daraus nur eine Stelle: „Das Volk kauft nicht mehr, es kann nicht mehr kaufen. Niemand kann mehr ausgeben, als er hat, jeder schränkt sich auf das äußerste ein; rund 5 Millionen Arbeitslose mit ihrem Familienanhang schlagen sich' mit einem Mindestaufwand von Ausgaben mühsam durch, und auch die Menschen, welche noch das Glück einer Arbeitsstelle besitzen, sind in ihrem Einkommen — und zwar in allen städtischen Berufen — so geschmälert, daß sie den Groschen dreimal umdrehen, ehe sie ihn ausgeben. Darin ist heute zweifellos der Angelpunkt der Agrarfrage zu suchen: Arbeiternot ist Bauernnot."

Diese Worte kann jeder Gewerkschafter glatt unterschreiben. Das Agrarproblem ist selten so gut herausgearbeitet worden. Herr Schlange-Schöningen ermahnt seine Berufskollegen ferner nicht mehr Schlagwörtern nachzulaufen, sondern Verständigungsfrieden mit den gegebenen Kräften zu schließen. Eine engere Verbindung zwischen Landwirt und Verbraucher sei notwendig und komme zur Lösung des Problems Bauern und Arbeiter beitragen. Der Artikelschreiber schließt seinen Aufsatz mit folgenden Worten: „Heraus aus der glänzenden Isolierung und hin zu einer vernünftigen Zusammenarbeit mit allen die guten Willens sind."

Wird er bei den Berufsgenossen nicht tauben Ohren predigen? Diese denken nur an Staatssubventionen, Zollerhöhungen usw. Im übrigen sind sie politisch desorganisiert und fielen am leichtesten Demagogen anheim.

Das Hitlertum stirbt an dem eigenen Lebensgesetz.

Der Herausgeber der angesehenen Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt" befaßt sich in der Nummer 12/13 mit den Problemen am Jahreswechsel. In dem Abschnitt Hitlers Glück und Ende finden wir folgende bezeichnende Stelle, die wir ohne Kommentar wiedergeben:

„Das Hitlertum stirbt an seinem eigenen Lebensgesetz. Denn dieser Hitler mit seinem ganzen Stab ohne eine einzige Ausnahme ist die Verkörperung all dessen, was im deutschen Volk an Minderwertigem, an Ungeist und Unmoral lebendig ist. Nur ein Narr wird leugnen, daß in dem Millionenanhang, den eine nach ausländischem Muster kopierte Propaganda anziehen konnte, auch viel echter Idealismus, Opfermut und Reinheit des Willens wirksam sind, so viel und so wenig wie in der Gesolgschaft aller anderen deutschen Parteien auch. Es gehörte schon die ganze Charakterlosigkeit, deren eine bestimmte bürgerliche Intellektuellenschicht in Deutschland fähig ist, dazu, dem Anhang des siegreichen Hitler, dem man noch zwei Jahre vorher nicht die Tür zu einem gut möblierten Salon geöffnet hatte, die Adelsprädikate vorzubehalten, die man bestimmt den gewerkschaftlich organisierten Massen der Sozialdemokratie oder gar den Opfertaten kommunistischer Prägung verweigern würde. Von dem Heldentum, das sich täglich in tausend Solidaritätsakten des Proletariats abspielt, hat eine Bürgerschicht nie Kenntnis genommen, die auf einmal einen zügellosen Demagogentyp als Verkörperung der „aufbauwilligen Kräfte der Nation" umbuhlte."

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Unfall- und Gesundheitsschutz beim Freiwilligen Arbeitsdienst.

Für den Freiwilligen Arbeitsdienst gelten sowohl die reichsgesetzlichen Vorschriften über die gewerbliche Unfallversicherung als auch die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gesundheitsschutz und über Arbeitsbeschränkungen für Frauen und Jugendliche die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis Anwendung finden würden.

Für die Ueberwachung der Durchführung der behördlichen Arbeitsschutzbestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften sind die Gewerbeaufsichtsbeamten und die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft zuständig, allerdings nicht in allen Fällen. Die Kontrolle der Gewerbeaufsicht erstreckt sich nicht auf im FAD. ausgeführte Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Berichtung von Siedlungs- und Kleingartenland. Diese Arbeiten gelten nach § 23 der Ausführungsvorschriften vom 2. August 1932 zur Verordnung über den FAD. vom 16. Juni 1932 als landwirtschaftliche Arbeiten.

Die Ueberwachung der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften durch die technischen Aufsichtsbeamten der Tiefbau-Berufsgenossenschaft erstreckt sich nur auf Arbeiten, die bei der Zweiganstalt dieser BG. versichert sind. Wo jedoch Reich, Länder und Versicherungsverbände sowie solche Gemeinden und Gemeindeverbände, die zu Versicherungsträgern erklärt sind, Träger der Arbeit sind, kommt für den Unfallversicherungsschutz des FAD. die behördliche Eigenunfallversicherung (Ausführungsbehörde) in Frage. Die Ausführungsbehörden besitzen aber keine technischen Aufsichtsbeamten, um die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Daher fehlt dort eine Kontrolle über die Durchführung der Unfallverhütung. Die der Zweiganstalt der Tiefbau-Berufsgenossenschaft unterstehenden Arbeiten des FAD. entbehren zwar nicht ganz dieser Kontrolle, sie ist aber ebenfalls ungenügend im Hinblick darauf, daß solche Arbeiten einer besonders eingehenden und öfteren Betreuung bedürfen.

Eine stärkere Einschaltung der Beamten der Gewerbeaufsicht ist notwendig, da insbesondere bei geschlossenen Lagern eine Kontrolle über den Zustand der Arbeiterfürsorgeeinrichtungen (Unterkunftsräume usw.) dringlich ist. Diese Kontrolle liegt außerhalb des Aufgabengebietes der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften.

In der letzten Zeit sind auch bereits einige schwere Unfälle bei Arbeiten des FAD. eingetreten. Dabei sind drei Personen getötet und eine schwer verletzt worden. Vermutlich haben die nachstehend angeführten Umstände zu diesen bedauerlichen Unfällen beigetragen.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst werden in den meisten Fällen von Unerfahrenen ausgeführt, die mit diesen Arbeiten nicht genügend vertraut sind und die damit verbundenen Gefahren unterschätzen. Auch die Leiter der Arbeiten verfügen nicht immer über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen, die für die Abwehr von Unfall- und Gesundheitsgefahren unbedingt notwendig sind. Vielfach mangelt es dann noch an dem notwendigen Material für die Schaffung der Schutzmaßnahmen, wie Böcken, Steifen u. dgl. Aus diesen besonderen Verhältnissen beim FAD. ergeben sich erhöhte Unfall- und Gesundheitsgefahren für die dort Beschäftigten. Falls nicht besondere Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, ist zu befürchten, daß bei diesen Arbeiten im Verhältnis mehr Unfälle eintreten als bei Ausführung ähnlicher Arbeiten im ordentlichen Arbeitsverhältnis. Um die in der gegenwärtigen Regelung liegenden Nachteile für die Sicherheit der im FAD. Tätigen zu beseitigen und Verluste von Arbeitskraft und Gesundheit vorzubeugen, hat der Vorstand des ADGB. dem Reichsarbeitsminister nachstehende Vorschläge unterbreitet:

daß eine scharfere Ueberwachung der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst durch die Unfallversicherungsträger erfolgt;

daß die Regierungen der Länder die Gewerbeaufsichtsbeamten anweisen, sich in stärkerem Maße für die Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften beim Freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere schon bei der Einrichtung von geschlossenen Lagern, einzusetzen;

daß der zweite Satz des § 23 der Ausführungsvorschriften vom 2. August 1932 abgeändert wird, damit auch für diese — landwirtschaftliche — Arbeiten eine Ueberwachung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten möglich ist;

zu erwägen, ob nicht auch die Baupolizeibeamten der Gemeinden und Gemeindeverbände neben den Gewerbeaufsichtsbeamten und technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften für die Ueberwachung der Durchführung des Arbeitsschutzes im FAD. herangezogen werden können.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister diesen Vorschlägen bald nachkommt. Sa.

Ankurbelungspläne.

für die Wirtschaft wurden bekanntlich zu Hunderten gemacht. Immer wieder zeigt sich zumeist die Schwierigkeit, sie überhaupt als brauchbar in die Praxis überführen zu können. Das ist auch der Fall bei den sogenannten Gerefe-Plan, der den Gemeinden die Finanzierung der projektierten Arbeiten übertragen wollte. Der ursprüngliche Gerefe-Plan, nach dem die Sparkassen und Landesbanken den Gemeinden Girokonten eröffnen und ihnen Gelder zinslos überlassen sollten, wäre ohne Zweifel in einen ungehemmten Inflationismus ausgelaufen. Auf Grund der öffentlichen Kritik ist zunächst die Zinslosigkeit der Kredite, dann überhaupt die Inanspruchnahme der Sparkassen fallen gelassen worden.

Der sozialdemokratische und gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsplan sieht bekanntlich die Aufbringung der Mittel auf finanziell sicherer Basis, nämlich auf dem Anleihe bzw. Zwangsanleihewege vor. In den von der Sozialdemokratie eingebrachten Gesetzentwurf ist als Tendenz auch die in den sogenannten Lederer-Plan vorgesehene kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen mit aufgenommen. Danach sollen die Gemeinden berechtigt sein, stillgelegte Fabriken und Werkstätten für die Zwecke der kollektiven Selbsthilfe der Arbeitslosen zu beschlagnahmen. In diesen Betrieben sollen Arbeitslose auf Grund freiwilliger Meldung unter Gewährung der Unterstützung nach den Sätzen der Arbeitslosenunterstützung zu dem Zwecke beschäftigt werden, Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Schuhwerk, Kleidungsstücke, Wäsche usw. herzustellen. Die Erzeugnisse dieser Arbeit werden an die so Beschäftigten und an die übrigen Arbeitslosen und Hilfsbedürftigen unentgeltlich verteilt.

Damit wäre jedenfalls das Leben dieser Opfer der Krise etwas sinnvoller und auch ihr Lebensniveau wenigstens etwas gehoben, ohne daß dadurch andere Proletarier aus ihren Stellungen im Produktionsprozeß herausgeworfen würden. Denn die Bezüge der Erwerbslosen sind gegenwärtig so geringfügig, daß neben den nackten Kosten der Lebenshaltung kein Pfennig für Anschaffungen mehr übrig bleiben kann.

Freilich können auch alle diese Mittel das Grundübel nicht auf die Dauer beseitigen. Man kann eben nicht Krankheitserscheinungen auf die Dauer beseitigen, ohne den Krankheitsboden selbst entfernt zu haben. Die herrschende Ordnung ist im höchsten Maße abbaureif — — — in dem Augenblick, wo dies allen Opfern dieses Systems klar ins Bewußtsein tritt, kann Hand angelegt werden an den gesunden Aufbau einer neuen Welt!

Kollegen! Seid auf Sicherung euerer Rechte bedacht. Zahlt den Verbandsbeitrag regelmäßig wöchentlich, denn mit angesammelten Beitragsresten wieder nachzukommen, hat immer seine Schwierigkeiten.

Das Arbeitslosenproblem, die Achillesferse des Kapitalismus.

In Amerika Arbeitslose in der Welt! Wenn der Amerikaner wende lenkt sich der Blick auf die Frage, ob jemals der Zeitpunkt kommen wird, wo die nicht beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter für die Volkswirtschaft wieder voll verwandt werden können. Das Schicksal der Millionen Arbeitslosen ist das brennende Problem der Zukunft. Man beschäftigt sich damit u. E. viel zu wenig. In den Vereinigten Staaten studiert eine Gruppe von Ingenieuren schon seit Jahren die Auswirkungen der technologischen Arbeitslosigkeit. Nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung" (Reichsausgabe Nr. 962 961) hat diese im Department of Industrial Engineering der Columbia University Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit in der Zukunft angestellt.

Die Ingenieure glauben, daß die technologische Arbeitslosigkeit in der Zukunft anhält. Von den gegenwärtig Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wurde selbst nach Rückkehr auf den Stand des Maximums von 1929 die Hälfte arbeitslos bleiben. „Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, auf Grund des heutigen Standes der Technik bedürfe es nur einer Arbeitsleistung des Individuums zwischen 25 und 45 Jahren von 660 Arbeitsstunden im Jahre, um das ganze amerikanische Volk auf einen Lebensstandard zu heben, der jedenfalls so hoch wäre, als der des Prosperitätsjahres 1929. Für 1934 rechnen sie mit einer Arbeitslosenziffer von 25 Millionen.

Hierzu heiße auch die Aufteilung der Arbeit wenig, wie man sie jetzt neuerdings in Regierungskreisen befürwortet. Zahlreich müsse die immer drastischer werdende technologische Arbeitslosigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen und einer planwirtschaftlichen Arbeitsaufteilung bei stark reduzierten Arbeitszeiten Platz machen."

Der Berichterstatter der „Fr. Ztg." weist auf die beachtenswerte Tatsache hin, daß die Zukunft des Kapitalismus selbst in den Vereinigten Staaten, bisher doch die Hochburg der hundertprozentigen Individualisten, hier und da schon kritisch beurteilt wird. Die entscheidenden Forderungen des amerikanischen Gewerkschaftsbundes nach der Fünf-Tage-Woche und dem sechsstündigen Arbeitstag seien dafür ebenfalls sehr bezeichnend. Der Kapitalismus wird greifelos in allen Ländern an der Frage scheitern, ob er den Millionen Menschen, die auf Arbeit warten, Beschäftigung zu geben vermag.

Wenn infolge der Untersuchungen des amerikanischen Ingenieurkomitees die Arbeitskräfte von 25 bis 45 Jahren bei einer Jahresarbeitszeit von 660 Stunden (etwa 13 Stunden je Woche) einen Lebensstandard zu garantieren vermögen, zehnmal so hoch wie der in den Konjunkturjahren, so ist die planwirtschaftliche Arbeitsaufteilung auf drei Tage je Woche das dringendste Erfordernis. Große Umwälzungen stehen bevor. Die Gewerkschaften werden bei dieser Neuordnung der Dinge die größte Rolle spielen. Möge jeder Hand- und Kopfarbeiter dessen eingedenk sein.

Kommunisten direkt gegen den Gewerkschaftsgedanken.

Welche ominöse Bewertung die offizielle kommunistische Erpressungskunst in den Augen mancher Fanatiker annimmt, zeigt ein Vorgang, der in der „Bergarbeiter Zeitung" beleuchtet wird. Es ist soweit gekommen, daß die Kommunisten ihren Mitgliedern die Agitation für die Gewerkschaftsverbände offiziell verbieten. Die genannte Gewerkschaftszeitung berichtet:

„Die Resultate über die Agitationserfolge, die unsere Kameraden bei der Roten Werbeaktion erzielt haben, hingen die kommunistischen Tobsüchtigen vollkommen aus den Hauschen. Die Bergarbeiterschaft will von ihnen nichts wissen. Sie erinnern bestenfalls allerlei Mätchen, um anders Werbematerial zu sabotieren. Nach stehendes Brief, der an einen früheren kommunistischen Gewerkschafter gerichtet ist, befiehlt dem Verbandskameraden folgendes:

„Werter Genosse! Auf Grund der letzten Untersuchung, die in Tremm Falle stattgefunden, sind wir gezwungen, Dich letztmalig zu warnen. Die Methode, wie Du sie anwendest, z. B. Flugblätter für den Beraban Industriearbeiterverband verteilen und darüber hinaus auch noch äußerst, daß Du dem Verbande treu bleiben willst, ist weist, daß Du noch nicht erkannt hast, daß diese Arbeiterschlinge und gemeinen Streikbrecher, die den BAV. führen, partei feindlich sind. Für Euch als Kommunisten sind nur die Beschlüsse der Partei bindend und hört Zur Euch danach zu richten. Sollte sich derartiges noch einmal wiederholen, so sind wir gezwungen, schärfere Maßnahmen anzuwenden. Mit kommunistischem Gruß! Sekretariat."

Daß die namentliche Unterschrift unter diesem, für unsere Verbandskameraden beachtlichen Dokument fehlt, — so bemerkt dazu die „Bergarbeiter Zeitung" —, ist zu bei der bekannten großen Feigheit der berufsmäßigen Arbeiterzerspliterer nicht verwunderlich.

Das Dokument beweist, daß die KPD. alles versucht, dem Unternehmer Handlangerdienste zu leisten. Nicht nur, daß sie auffordert, in den Gewerkschaften Zellen zu bauen, um diese zu zerstören, gleichzeitig verbietet sie Gewerkschaftsmitgliedern, für den Verband zu werben. Das ist das Tollste, was sich diese Frahtzeher bisher erlaubt haben! Die Beschlüsse der KPD., die bindend für Gewerkschaftsmitglieder sein sollen, werden dem letzten Verbandsmitglied geben, was es zu tun hat, nämlich **durch intensive Werbung für den Verband den Kampf** gegen Arbeitslosigkeit und Not aller Art zu führen."

Kollegen! Verbreitet den „Schuhmacher" auch unter den Arbeitslosen!

Auskunft im Mieterrecht.

Berlin.

Bei allen Mieterfragen des täglichen Lebens, insbesondere über Schönheitsreparaturen, laufende Instandsetzungsarbeiten, Kaution, Untermiete, Wassergeld, Hausgrundreinigungen u. a. m., sind in weiteren Kreisen die noch verbliebenen Rechte der Mieter leider noch unbekannt, so daß durch diese Unkenntnis in sehr vielen Fällen der einzelne Mieter finanziellen und materiellen Schaden erleidet. Gerade jetzt zum Jahreswechsel werden diese Fragen in den Familien an der Tagesordnung sein. Darum sei darauf hingewiesen, daß der Reichsbund Deutscher Mieter Berliner Mieterverein e. V., Berlin SW. 11, Kleinbeerenstraße 25 (Hof II, in seinen Sprechstunden Montags, Mittwochs und Freitags von 5½ bis 7 Uhr nachmittags allen Mietern Rechtsberatung durch seine Juristen und Mietsprechstellen gewährt.

Wir stellen unseren Mitgliedern anheim, sich in allen Mietfragen dieser Einrichtung zu bedienen.

Schuhindustrie und -Handwerk.

Berufskrankheiten in der Schuhindustrie.

Die Autoplosferkrankheit.

Aus den Berichten der Unfallverhütungsvorschriften ist zu entnehmen, daß im Jahre 1931 in Schuhfabriken vier Fälle zu verzeichnen waren, in denen bei der Autoplosarbeit das bekannte Weißwerden der Finger und Arme aufgetreten ist. Die davon betroffenen Arbeiter standen noch im besten Alter, d. h. im Alter zwischen 21 und 30 Jahren. Sie hatten zwei bis sechs Jahre die Autoplosmaschine bedient.

Weihnachtshilfe des Zentralverbandes der Schuhmacher in Pirmasens.

Der Zentralverband der Schuhmacher, Zahlstelle Pirmasens, hat auch im letzten Jahre seinen Mitgliedern wieder eine Weihnachtsbeihilfe gewährt. Für an die Gewährung der Unterstützung geknüpften Voraussetzungen trafen auf 1100 Mitglieder zu. Es kam ein Betrag von rund 12 000 Mark zur Auszahlung.

Von den Schuhfabrik-Unternehmen.

Anton Zeitler, Schuhfabrik, Germersheim (Rheinpfalz): Nachdem der Schuldner nach Eröffnung des Vergleichsverfahrens, welche am 21. November erfolgte, seinen Antrag zurückgenommen hat, ist das Vergleichsverfahren eingestellt und das Konkursverfahren am 21. Dezember 1932 eröffnet worden. Die nichtbevorrechtigten Forderungen für Waren und Zahlen betragen 30 000 RM, die Passiven einschließlich Bewundten Forderungen 40 000 RM. Ueber die Aussichten ist Näheres zur Zeit noch nicht bekannt. — Die Schuhfabrik Hahle & Ruf, Nowawes, hat den Rest ihrer Belegschaft wegen Auftragsmangel entlassen müssen. Nur einige Mitgesellschafter, die gesellsch im Betrieb gehalten werden müssen, werden an einem Tage der Woche beschäftigt. Die Firma beabsichtigt, sobald es irgendwie geht, den Betrieb wiederaufzunehmen. — Die Firma Gerl & Bischofsky in Erfurt (Schuhfabrik) hat die Zahlungen eingestellt und zieht dem Vernehmen nach einen Prozentigen Vergleich an. Die Passiven werden auf 1—1,5 Millionen Reichsmark geschätzt. — Die Schuhfabrik Hans Pulz in Burgkunstadt i. B. hat sich von ihren 25 Zweigfilialgeschäften allmählich losgelöst. In einem Schreiben an den Schuh-Einzelhandel gibt die Firma jetzt bekannt, daß sie sich endgültig entschlossen hat, auf das Filialsystem zu verzichten.

Die Spareinlagen der Bata'schen Arbeiter.

Die „Schuhfabrikantenzeitung" meldet:

„Es ist bekannt, daß die Arbeiter und Angestellten der Schuhfabrik T. & A. Bata in Zlin einen Teil ihres Einkommens als Spareinlagen dem Betriebe überlassen haben. Diese Spareinlagen sollen insgesamt eine sehr beachtliche Summe erreicht haben, welche die Millionenziffer übersteigt. Man erinnert sich, daß diese Angelegenheit bereits beim Tode Thomas Batas in der Oeffentlichkeit zur Sprache kam. Neuerdings macht diese Angelegenheit weiter von sich reden, und zwar erhalten wir hierzu folgende Mitteilung: Die Firma Bata hat eine große Zahl ihrer Arbeiter entlassen und einem Teil davon mitgeteilt, daß er keine Aussicht mehr hatte, in den Betrieb zurückkommen zu können. Diese Arbeiter nun, denen die Beschäftigung im Batischen Betrieb endgültig geperrt ist, haben der Firma Bata das Angebot gemacht, daß, wenn sie ihre Spareinlagen sofort zurückerhielten es besteht eine einjährige Kündigung für die Spareinlagen, sie bereit seien, auf die Hälfte ihrer Spareinlagen zugunsten der Firma zu verzichten. Die in dem Batischen Betrieb weiterbeschäftigten Arbeiter haben ein solches Verlangen nicht gestellt. Eine Antwort der Firma Bata auf das Angebot der entlassenen Arbeiter ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Wie weiter gemeldet wird, ist die Firma mit zwei Drittteln ihrer früheren Belegschaft voll beschäftigt."

Von Woche zu Woche.

Wichtiges in aller Kürze.

Buttermargarine.

Den Forderungen der Großindustrie, ist die Regierung Schleicher dahin nachgekommen, daß sie die Notverordnung erlassen hat, nach der ein Butter-Beimischungszwang zur Margarine gesetzlich festgelegt wurde. Das bedeutet, daß die Margarine fehl bald im Preise steigen wird. — Die freien Gewerkschaften sind beim Reichsernährungsminister um eine Aufhebung dieser Verordnung vorstellig geworden. Auch die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften haben gegen die Margarineverordnung schärf Front gemacht.

Neue Gewaltakte in Preußen.

Nach dem Morden vom 20. Juli 1932 wurden von den von der Papen-Regierung eingesetzten Kommissaren, an deren Spitze der durch den Zwickelerlaß „berühmt" gewordene Herr Bracht steht, schon wiederholt Zaubermaßnahmen unter den Beamten durchgeführt. Entlassen bzw. in den Ruhestand versetzt wurden immer nur Sozialdemokraten bzw. demokratisch und republikanisch eingestellte Beamte, die in der Regel durch rechtsstehende Persönlichkeiten ersetzt wurden. Jetzt sollen diejenigen Korpsstudenten in Preußen geduldet werden, denen die Schulen unterstehen, wohl weil in manchen Schulen ein den Bachkiesen allzu fortschrittlicher Geist herrscht. Im Provinzialschulkollegium in Breslau sollen 13 höhere Beamte, darunter der Studiendirektor Landtagsabgeordneter Konia und die Schulräte Hide und Wernscheider entfernt werden. Eine merkwürdige Sparpolitik, eine sonderbare Ueberparteilichkeit der Staatsführung!

Reichstag am 24. Januar.

Der Aeltestenrat des Reichstags hat die Einberufung des Reichstags zum 24. Januar beschlossen. Die Nationalsozialisten verbunden den Beschluß zu einer früheren Einberufung. Auf die Notverordnung der Reichsregierung wird die Entscheidung einer Erklärung der Reichsregierung" gesetzt. Reichstagspräsident Goering hielt sich der Sitzung des Aeltestenrates fern.

Schiebungen und Intrigen.

Nachdem von einer Unterredung bekannt geworden war, die zwischen dem Nationalsozialisten Straßer und Reichskanzler Schleicher stattgefunden hat, erhielt die Oeffentlichkeit davon Kenntnis, daß dieser Tage Hitler mit dem ehemaligen Reichskanzler Papen in Köln zusammengetroffen ist und dort eine 1½stündige Konferenz hatte. — Die charakterlose, feile spießbürgerliche Presse aber sich dazu her, bereits anzukündigen, daß Hitler nun doch noch zum Reichskanzler avancieren würde. Kein Zweifel, daß hier unter Ausschaltung des Parlaments sonderbare Intrigen gesponnen werden. Die Raiseten, die mit ihren 40 Mandaten nichts anzufangen wußten, suchen den politischen Anschluß zu gewinnen auf anderen Wegen. Hitler sucht den im Wahlkampf „aufs äußerste bekämpften" Papen auf. Die Besprechung in Köln hat, wie es heißt, in der Wohnung des Barons v. Schroder, der Verbindungen hat zur Schwerindustrie, stattgefunden.

Zersetzung der Hitler-Partei.

Die von Otto Straßer herausgegebene „Schwarze Front" setzt ihre Enthüllungen über die Zustände in der Hitler-Partei fort. Sie behauptet, daß Herr Röhm vor einigen Tagen rein privat beim Reichskanzler v. Schleicher war und in heftigen Worten seine Unzufriedenheit mit Hitler zum Ausdruck brachte, was in Berlin v. Schleicher den Gedanken entstehen ließ, den Versuch zu machen, Röhm und Straßer einander anzuhetzen und Hitler zwischen diesen doppelten Druck zu nehmen.

Nicht minder bemerkenswert als diese Andeutung ist die Andeutung von Veröffentlichungen eines Briefwechsels zwischen Adolf Hitler und Graf Reventlow über Gregor Straßer, der den politischen Hintergrund der Ausbootung Gregor Straßers noch weiter erhellte.

Der SA.-Mann Henzsch in Dresden,

ein Unterführer der Nazis, wurde am 26. Dezember als Leiche in der Talsperre Malter gefunden. Die Leiche war in einen Sack gehüllt und mit schweren Steinen belastet; sie wies auch einen Brustschuß auf. Als Mörder kommen die SA.-Leute Schenk, Frankel und Woieck in Frage, die nach Italien geflohen sind. Henzsch hat also der Rache zum Opfer. Weiß sind es, wie auch in diesem Falle, arme verführte Proletarier, die die Hitler-Partei auf ihr mißleidig gewordene Anhänger und Gegner losläßt. Die Mörder sind immer noch Mitglieder der NSDAP., trotzdem ihre Schuld so gut wie einwandfrei erwiesen ist. Diese Mordaffäre wirft ein neues Schlaglicht auf die Zustände, die in dieser Partei anzutreffen sind.

Die Kulturreaktion im Rundfunk.

Der monatliche Wechsel in der Besetzung hat zwar auch wiederholt Beanstandungen bei den Rundfunkgesellschaften hervorgerufen, aber leider nur im Sinne einer unseren Zustimmung der Reaktion. Die Unzufriedenheit mit den Darbietungen der deutschen Sender wird immer größer. Mehrere hundert Abmeldungen in den letzten Monaten sind der deutschen Rundfunk-Gesellschaft. Die Zahl der Neuanmeldungen ist entsprechend kleiner, weil die heutigen Geräte und verhaßten Sender in allen Ländern unbedeutend den Empfang anderer Stationen erhalten. Die deutschen Wirtschaftsverbände bieten. Gegen die Reaktion im deutschen Rundfunk wendet sich besonders das neue Heft des „Volksfunk", das außerordentlich große Aufmerksamkeit der Presse, Fünf Zeitungen und des Zeitschriften Kulturbundes auslöste. Der „Volksfunk" kann durch die Postanstalt oder Buchhandlung zum Preise von 96 Pfg. monatlich bei Haus geliefert werden, wie auch durch den „Volksfunk"-Verlag Berlin SW 68, der auf Wunsch Probehefte kostenlos sendet.

Literatur

Fritz Schiff: „Die großen Illusionen der Menschheit." Urania Freidenker-Verlag GmbH., Jena. Kartoniert 1,20 RM. in Ganzleinen 1,80 RM. Vorausbestellpreis 2,40 RM. — Bestellungen bei Buchhandlungen, die Menschheit könne nichts aus der Geschichte lernen, denn der Mensch neige von Natur dazu, sich Illusionen hinzugeben. Diese weltverbreitete irrige Meinung hilft das neue Buch von Fritz Schiff gründlich zu zerstören. Ein besonderer Teil gilt dem Kapitel Mode. An interessanten Beispielen aus dem Altertum bis Primitiven wird gezeigt, wie unwiderstehlich der Mensch trotzdem Entwicklungsstufen sich zeitweiser bemerkbar zum Ende des Tieres verhält.

Was sagt die Körperform über den Charakter? Seit der Marburger Bildhauer Menschmeier seine grundlegenden Anschauungen über die Zusammenhänge zwischen der äußeren Körperbeschaffenheit und der seelischen Veranlagung veröffentlicht hat, ist in allen Kreisen das Interesse an diesen Zusammenhängen außerordentlich rege. In diesen Kreisen spielt Unsicherheit über die verschiedenen Menschenkinden. Ohne richtige Klarstellung der wissenschaftlichen Feststellung war sehr notwendig. Im Urania-Verlag der „Urania", Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, berichtet ein fachkundiger Arzt an Hand einbrauchbarer Beispiele in allgemeinverständlicher Weise über Körperbau und Charakter. Ein Abonnement auf die „Urania", dieses wichtige, überaus wertvolle und notwendige Bildungsmittel, hat noch keinen entschlicht. Das Abonnement kostet nur, 3 Monatshefte und eine inhaltsreiche, ausgezeichnete Buchbeigabe, in der Ausgabe A im Quartal 1,50 RM, Ausgabe B 2,25 RM, Ausgabe C 3 RM. Probehefte stellt der Urania-Freidenker-Verlag in Jena jedem gern kostenlos zur Verfügung.

Werbe für den Bücherfreund. Unsere Buchgemeinschaft „Der Bücherfreund GmbH.", Berlin SW 61, Belle Alliance Platz 7, sucht in allen Orten, Ortsteilen und Vorstädten Zahlstellen zu gründen und bietet Bücherfreunde, die sich für diese Arbeit interessieren, sich mit ihm oder seinen schon bestehenden Zahlstellen in Verbindung zu setzen. Ebenso werben Werber für den Bücherfreund gesucht. Es wird für jeden neue Mitglied eine Geldprämie und für zwei neue Mitglieder eine Buchprämie (ein Wert zum Preise von 1,50 RM) gewährt. Nähere Mitteilungen und Werbematerial stehen gern kostenlos zur Verfügung.

„Vorsätzliche Arbeitsverhinderung." Ihre Ausführung mit tariflich entlohnten Arbeitern ist billiger als die Ausführung in Selbsthilfe. Die Frage, ob die Ausführung der vorsätzlichen Arbeitsverhinderung durch tariflich entlohnte Arbeitskräfte billiger sei als ihre Ausführung in Selbsthilfe der Sieder ist jetzt durch eine Untersuchung des Verbandes sozialer Baubetriebe einwandfrei beantwortet worden. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Herrn Reichskommissar Dr. Daeglau sowie Vertretern des Deutschen Baugewerkbundes und des Verbandes sozialer Baubetriebe wurden von der Baubörse Berlin in Berlin Buchow zwei Mustervorhaben von tariflich entlohnten Arbeitern ausgeführt, ihre Kosten auf Grund genauester Bauvorrechnung, Baubeschleunigung und Nachrechnung ermittelt und mit den Kosten verglichen, die sich bei den Bau der übrigen Siedlungsbauten nach den Richtlinien des Reichskommissars unter Einschaltung der Siedlerselbsthilfe ergaben. Das Ergebnis wird in Heft 23/24 der Zeitschrift „Bauen, Siedeln, Wohnen" veröffentlicht. Auch über die Lage der Bau- und Wohnungswirtschaft und die Bauinnenarbeitung enthält das erwähnte Heft 23/24 von „Bauen, Siedeln, Wohnen" noch eine Reihe von Aufsätzen. Bezugspreis der Zeitschrift vierteljährlich 2 RM, Einzelnummer 80 Pfennig. Verlag Berlin SW 19, Wallstraße 65.

„Die Leuchtkäfer." Jedes der monatlich erscheinenden Hefte ist voll Humor und Heiterkeit, bringt neue Witze, Anekdoten, Karikaturen und Zeichnungen, aktuelle Gedichte und Glossen sind ein scharfer und satirischer Spiegel der Zeitereignisse. Man verlange Probehefte von der Verwaltung „Die Leuchtkäfer", Wien 4, Wiedenerstraße 3a. Einzelexemplare 30 Pfennig.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 8. bis 14. Januar ist der 2. Beitrag fällig.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg. Redaktion: Otto Kreßlich, Nürnberg 4 (Schoßhalde). — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon), Nürnberg.

Anzeigen.

Alle Kollegen abonnieren die politische Arbeiterpresse!

Prima Vache-Croupon per Kilo 3,90 RM. versendet per Nachnahme W. Krumm, Leder, Herzogenaurach (Ofr.) Adolfstraße 1.